

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Wegungspreis mit Illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei U. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig:** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 72208

Inseratenpreise: Die 10 gelb. Kolonellzeile 35 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg., Stellenangebote 10 gelb. Kolonellzeile 25 Pfg., Familiennachrichten von Privatpersonen 10 gelb. Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inzerate v. ausw.: die 10 gelb. Kolonellzeile 40 Pfg., bei Platzvorkauf 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Aussträger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

9. November 1918: Proletariat herrscht — 11. August 1919:

Geburtstag der Verfassung

Der Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit gestaltet den Inhalt der Republik

Die Verheißungen von Weimar

Von Siegmund Kunzi

Diesen Artikel schrieb Genosse Kunzi, der vor einigen Monaten gestorbene hervorragende Führer der ungarischen Sozialdemokratie zum 11. August 1926 in der Wiener Arbeiterzeitung. Das Aufzählen der Ursachen einer Entwicklung, die aus Deutschland statt einer sozialen Republik für die sozialistische Arbeiterklasse kämpfte, eine Bourgeoisrepublik werden ließ, sichert ihm in dem Ringen des deutschen Proletariats eine bleibende aktuelle Bedeutung. Der Artikel ist eine glänzende Leistung in der Anwendung der marxistischen Methode. Die Redaktion der Volkszeitung.

Am 11. August feiert das republikanische Deutschland den Geburtstag der Verfassung von Weimar. Es ist jene Verfassung, die man oft und mit vielem Recht als die freieste der Welt gepriesen hat. In ihren Bestimmungen sind alle Rechte des Volkes mit einer nicht zu übertreffenden Klarheit ausgesprochen, und der Grundsatz, daß alle Gewalt vom souveränen Volk ausgeht, mit bewunderungswürdiger Konsequenz durchgeführt. Wäre das Deutsche Reich in Wirklichkeit, was es nach den Worten der Verfassung von Weimar sein sollte, so wäre es der freieste Volksstaat der Welt, eine demokratische Republik, die sich mit den besten Mitteln ausgerüstet hat, um sich auf friedlichem und gezieltem Wege in eine soziale Republik umzuwandeln.

Am 11. August 1919 wurde die Verfassung von Weimar verkündet. Die Niederlage im imperialistischen Krieg, der Zusammenbruch der alten Militärmonarchie im Innern, die auflodernden Flammen des Bürgerkrieges, in dem die Einheit der deutschen Arbeiterklasse zertrümmert und die Voraussetzungen der kapitalistischen Restauration geschaffen wurden, bezeichneten den Weg. Die Verfassung kam zustande in einer Nationalversammlung, in der die bürgerlichen Parteien die Mehrheit, allerdings eine geringe, hatten. Von zehntausend dreißig Millionen stimmberechtigten deutschen Männern und Frauen hatten vierzehn Millionen für die proletarische, achtzehn Millionen für die bürgerlichen Parteien gestimmt. Die Nachwirkungen des Krieges, die Ergebnisse des Bürgerkrieges zerrissen aber sowohl die Einheit der bürgerlichen Klassen wie die des Proletariats. So ist die Verfassung von Weimar ein Kompromiß geworden, das ein Teil des Bürgertums mit einem Teil des Proletariats schloß. Die Kraft des Proletariats war zureichend, aus dem Bürgertum alles herauszuholen, was es ohne Selbstaufgabe gerade noch zu geben vermochte: die Verfassung von Weimar stellt in ihrem Wortlaut den Grenzfall der bürgerlich-demokratischen Republik dar. Hinter dieser Grenze beginnt das sozialistische Neuland, zu dem die Verfassung alle gesetzlichen Wege öffnet: es kam und kommt noch heute auf die Macht an, die das Proletariat einsehen kann, um diese Wege zu beschreiten. Daß die Verfassung von Weimar die Grundlage eines Staatswesens geworden ist, das oft und oft mit vollem Recht als Geldsakerepublik bezeichnet wurde, daß an der Spitze der in Weimar organisierten Staatsgewalt der kaiserliche Feldmarschall Hindenburg steht, daß in der deutschen Republik Richter vom Schlage des Magdeburger Rölling Recht sprechen, daß die Gefängnisse der deutschen Republik mit revolutionären Arbeitern vollgepfropft sind, daß auf den Universitäten der Klassenhaß gegen das Proletariat zur obersten Gesellschaftslehre erhoben wird — das liegt wahrhaftig nicht an dem Verfassungswort von Weimar.

Die Weltgeschichte macht zuweilen ohne Absicht ihre grimmigsten Treppentritte. Am Tage, an dem die deutsche Republik sich anschickte, den siebenten Geburtstag der Weimarer Verfassung zu feiern, machten sich einige Herren aus Berlin, aus Düsseldorf, aus Essen auf den Weg nach Paris. Es sind die Eisenbarone und Stahlkönige, die in Paris mit den französischen, belgischen, luxemburgischen Schwerindustriellen zu einer Sitzung zusammentraten, um den kontinentalen Eisen- und Stahltrakt in aller Form zu gründen. Seit anderthalb Jahren arbeiten die Könige des Stahls, die an die Stelle des Königs mit dem Stahlhelm getreten sind, daran, die deutsche Eisen- und Stahlproduktion in einem mächtigen wirtschaftlichen Gebilde zusammenzufassen. Die Ver-

einigte Stahlwerkeaktiengesellschaft verfügt über ein Eigenkapital von einer Milliarde Goldmark; zwei Drittel der Schwerindustrie des Ruhrgebiets, des eisernen, ruhigen Herzens Deutschlands, gehört ihrem Gebot. 42 Prozent der im Rheinland und Westfalen produzierten Kohle geben dem größten europäischen Trust die Möglichkeit, die ganze deutsche Industrie zu kontrollieren. Die wenigen großen Eisen- und Kohlenbarone, die Krupp, Haniel, Altkörner, die noch einen Schein der Selbständigkeit zu wahren suchen, wie etwa nach der deutschen Reichsgründung Bayern auf seine partikularistischen Rechte pochte, können den Gang dieser neuen Reichsgründung der Stahlfürsten nicht beeinflussen. Nun sitzen sie in Paris, mit den Erbsöhnen von gestern, mit den belgischen und französischen Hüttenbesitzern, und verteilen unter sich die Welt des Eisens, das heißt der Energie und der Macht. Andere Riesengebilde entstanden mit und neben ihnen. Die chemische und Farbindustrie Deutschlands, die Badischen Anilinwerke, die Leunawerke, die chemischen Riesenwerke von Elberfeld haben schon früher diesen Weg betreten: ein Konzern mit achthundert Millionen Goldmark Aktienkapital ist im letzten

möglich gewesen, mit diesem durch den mächtigen Westen gestützten Feind dennoch fertig zu werden, wenn nicht aus den Stimmungen und den vielfach so berechtigten Verstimmungen der deutschen Arbeiter selbst, wenn nicht aus dem östlichen Zentrum der Weltpolitik, aus Moskau, Kräfte entstanden wären, die die Einheit des Proletariats geschwächt und teilweise untergraben haben. Für die Entwicklung der deutschen Revolution ist es gleichgültig, welche Gründe das herbeiführten: die Tatsache bleibt bestehen, daß, während die deutsche Bourgeoisie immer stärker, in allen Klassenfragen immer einheitlicher wurde, die deutsche Arbeiterklasse sich immer heftiger im Bruderkampf zerfleischte. Zwischen Versailles und Moskau eingeleitet, suchte sie unter ungeheuren Kämpfen, Verletzungen und Irrungen mühevoll ihren tragischen Weg, mußte um ihre Selbstbehauptung, um die Erhaltung der Republik, oft um ihre nackte Existenz, um den Bestand des Reiches und des deutschen Volkes als Nation kämpfen. Bedenkt man all die Wirrnisse, so wird man zu einem geschichtlich gerechteren Urteil kommen, als wenn man nur die Tatsache ins Auge faßt, daß am Anfang der deutschen Revolution

Auftakt zum Wahlkampf

Ein Bild seltener Einmütigkeit und Geschlossenheit bot die außerordentliche Generalversammlung des Unterbezirks Groß-Leipzig der Sozialdemokratischen Partei, die am Sonntag zu den bevorstehenden Reichstagswahlen Stellung nahm. Ihrer Verantwortung gegenüber der Arbeiterschaft in der gegenwärtigen gespannten politischen Situation bewußt, trafen die Vertreter der Organisation sachlich und kühl ihre Entscheidung über die Kandidaten für das Reichsparlament. Nachdem die Vorschläge in den Ortsvereinen und Funktionärskreisen eingehend beraten worden waren, wurde die Kandidatenliste von der Generalversammlung ohne wesentliche Einwendung einstimmig genehmigt.

Den Höhepunkt des Unterbezirksparteitages bildete das instruktive, eindrucksvolle und begeisterte Referat des Genossen Engelbert Graf. In knappen, aber markanten Strichen zeichnete Genosse Graf die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Situation der Hindenburg-Regierung in Deutschland. Scharf arbeitete

er die außergewöhnliche Bedeutung der kommenden Reichstagswahl und die der Arbeiterschaft drohenden Gefahren heraus. Er betonte aber auch mit allem Nachdruck, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht die geringste Ursache hat, pessimistisch zu sein. Stürmische Zustimmung der Delegierten fand er, als erklärte, daß die Sozialdemokratie sich im bevorstehenden Kampfe nicht auf die Defensiv beschränken werde, sondern entschlossen zur Offensive übergehen müsse.

Mit Begeisterung wurden die Ausführungen des Referenten von der gesamten Versammlung aufgenommen. Einmütig befanden die Delegierten ihren festen Willen, im kommenden Kampfe alle ihre Kräfte einzusetzen und mit aller Energie dafür zu wirken, daß der 14. September zu einem Siegestag wird, zu einem Siegestag für die Sozialdemokratie und für die gesamte arbeitende Bevölkerung Deutschlands.

(Der ausführliche Bericht über die Versammlung befindet sich in der 1. Beilage.)

Jahre entstanden. Die Egels und Borjig, die Mendelssohn und Schlücker, von denen einst Lassalle sprach, erscheinen als arme Schlucker neben diesen wirklichen, wenn auch in der Urkunde von Weimar nicht genannten Verfassungsbestimmungen des republikanischen Deutschlands. Die Schlote ihrer Fabriken sind Symbole einer größeren, das Leben stärker unterjochenden Macht, als die Kanonen, ihre Kontore sind Wahrzeichen und Stätten größerer Gewalt als die Höfe der Könige und die Schlösser der Adligen, ihre Ingenieure und Generaldirektoren kommandieren selbstherrlicher als die kaiserlichen Beamten und die Offiziere des Generalstabes.

Wie war es möglich, daß sie und daß in ihrer Gefolgschaft das ganze Bürgertum zu dieser Macht emporsteigen konnte? Daß sich auf den Trümmern des Kaiserreiches diese Industrieoligarchie erhob, mit ihren Parlamentariern, mit ihren Lohnschreibern, mit ihren feilen Richtern und Professoren? Zwei Kräfte von weltgeschichtlicher Bedeutung ebneten ihr den Weg. Die deutsche Revolution machte den ehrlichsten Willen haben, die deutsche Demokratie zu begründen. Aber durch den Willen der imperialistischen Mächte wurde ihr eine andere Aufgabe aufgegeben: sie mußte den großen Massen der Nation als Bringerin der Niederlage erscheinen, als die Kraft, die nicht den sozialen Aufstieg der arbeitenden Klassen, sondern die nationale und staatliche Demütigung des Volkes bewirkte. Indem die imperialistische Bourgeoisie der Westmächte die deutsche Revolution in Versailles demütigte und sie für alle Sünden des kaiserlichen Deutschlands verantwortlich machte, leistete sie der in Deutschland selbst erschütterten Macht des Großbürgertums die wertvollste Schützenhilfe. In Versailles wurden die wichtigsten Bestimmungen der Verfassung von Weimar aufgehoben: die Imperialisten der Westmächte verfehlten der deutschen Revolution den entscheidenden Schlag.

Aber vielleicht wäre es dem deutschen Proletariat noch der Rat der Volksbeauftragten und an der Spitze der heutigen Republik die Stahlkönige mit ihrem Hindenburg stehen.

Ginge es nur nach dem Willen dieser Leute, dann würde

nicht nur die wirkliche, sondern auch die geschriebene Verfassung Deutschlands schon ganz anders aussehen als heute. Aber neben den großen Kapitalmächten und ihren feudalmönchischen Handlangern erwuchs doch im Schatten der Verfassung von Weimar auch eine neugefäßte Arbeiterklasse. Die schweren Prüfungen der vergangenen Jahre haben sie gelehrt, manche Schwächen und Irrungen zu überwinden; fast ohne es zu merken, ist auch sie zu einem der bedeutendsten Teile der Verfassung geworden. Die 14 Millionen Stimmen, die für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten abgegeben wurden, ihre mächtigen Gewerkschaften, ihr Einbringen in alle sozialen und politischen Organe des Staates, ihr Erfolg im Kampf um die Erhaltung der Republik, ihr Klassenbewußtsein und ihr Wille zur Macht — all dies sind Teile der wirklichen Verfassung. Wie stark auch ihre Gegner geworden sind, es ist kein Widerspruch, daß sie heute stärker ist als in den Tagen, in denen das Verfassungswort von Weimar zustande kam. Ihr Kampf hatte damals einen dramatischeren, heroischeren Anstrich. Jetzt schieben sich die Bataillone des Proletariats mühselig in einem langsameren, aber planmäßigerem Aufmarsch an die Feste der kapitalistischen Herrschaft heran. Sie sind in den Kämpfen, in der Selbsterziehung, in den Niederlagen, im Ausharren zäher, entschlossener geworden. Es ist keine Phrase, es ist eine begründete Hoffnung, daß die deutsche Arbeiterklasse, die in den Jahren der ansteigenden konterrevolutionären Flut doch genug Macht hatte, die Verfassung von Weimar zu erhalten, nun zu einer Stufe herangereift ist, wo sie, auch den Eisenkönigen trotzend, in zielbewusstem Klassenkampf versuchen wird, die Verheißungen von Weimar zur Wirklichkeit zu machen.

Der Artikel des Genossen Kunzi ist dem im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung erschienenen Werk: Die Neugestaltung der Welt, ausgewählte Aufsätze von Siegmund Kunzi entnommen. In den Aufsätzen hat Joltan Kónai ein Lebensbild Kunzis geschrieben.

263

Sozialdemokratische Reichstagskandidaten

Die Sozialdemokratische Partei für das Landesgebiet Hamburg hat am Donnerstag ihre Liste für die Reichstagskandidaten festgestellt. Vorgeschlagen wurden erstens Peter Grafmann, zweitens Johanna Reike, drittens Adolf Biedermann, viertens Paul Bergmann, fünftens Karl Diers, sechstens Heinrich Steinfeldt. Hamburg entsendet jetzt vier sozialdemokratische Abgeordnete in den Reichstag und kämpft um die Erhebung des fünften Mandats.

Der Landesparteitag der württembergischen Sozialdemokratie fand unter starker Beteiligung am Sonntag in Stuttgart statt. Er war von 285 Vertretern der einzelnen Bezirke- und Organisationen besucht. Der Landesvorstand konnte berichten, daß die Landesorganisation jetzt 328 Ortsvereine mit 22 077 Mitgliedern umfaßt. Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Keil über das Thema „Volksrecht oder Geldrecht?“ stellte der Landesparteitag die Kandidatenliste für die bevorstehenden Reichstagswahlen auf. Im letzten Reichstag war der Wahlkreis Württemberg-Hohenzollern durch die Abgeordneten Keil, Hildenbrand, Rohmann und Schilde vertreten. Gemäß einem Vorschlag des erweiterten Landesvorstandes beschloß der Landesparteitag nahezu einstimmig, die Aufstellung einer 12 Namen umfassenden Kandidatenliste, an deren ersten fünf Stellen die jetzigen Reichstagsabgeordneten Keil, Hildenbrand und Rohmann, sowie als neue Kandidaten Dr. Schumacher und Ulrich-Heilbrunn stehen. Nach herzlichen Dankesworten Hildenbrands für den ausscheidenden Abgeordneten Schilde wurde der Parteitag geschlossen.

Am Sonntag nahmen die ostpreussischen Sozialdemokraten auf einem außerordentlichen Bezirksparteitag in Königsberg die Aufstellung der Kandidatenliste zur Reichstagswahl vor. Einstimmig und unter stürmischem Beifall wurde der preussische Ministerpräsident Dr. Otto Braun zum Spitzenkandidat der Liste 1 in Ostpreußen gewählt. Ihm folgten Friedrich Larssen, Bezirkssekretär und Bezirksvorsitzender der SPD Ostpreußen, Karl Zäcker, Gauleiter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Königsberg, Werner Lust, Redakteur, Königsberg, und Artur Mertens, Lehrer, Gutesfeld.

Sozialistische Einigung

APD in der Tschecho-Slowakei teilt zur Sozialdemokratie über

WTB Brunn, 10. August.

In Brunn fand heute eine außerordentliche Konferenz der tschechoslowakischen kommunistischen Opposition des ganzen Landes statt, in der über die Vereinigung mit der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei verhandelt wurde. Die Redner betonten, daß die Vereinigung das Ergebnis reifer Erwägungen sei. Die Sozialdemokratie stehe der kommunistischen Opposition am nächsten. Am 1. September soll der organisatorische Zusammenschluß erfolgen.

Die „Volks“partei

Mehreren Blättern zufolge wird Generaloberst a. D. von Seck als Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis 10 (Magdeburg-Anhalt) kandidieren. Verhandlungen, die in der letzten Zeit zwischen der Parteileitung und dem Generalobersten geführt worden sind, haben zu einer völligen Übereinstimmung in allen politischen Fragen geführt.

Der am Sonntag in Schwerin abgehaltene Parteitag der Deutschen Volkspartei wählte den gewesenen Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer zum Spitzenkandidaten.

Hugenberg als Spitzenkandidat

WTB Neustadt, 9. August.

Wie der Landesverband Rheinpfalz der Deutschnationalen Volkspartei mitteilt, hat Dr. Hugenberg die Spitzenkandidatur für die Pfalz angenommen.

Verfassungsfeiern in Berlin

SPD Berlin, 11. August.

Durch die diesjährige Verfassungsfeier geht — wenigstens für das werktätige Volk — ein Zug von Bitterkeit. Verfassungsfeiern? Das deutsche Volk ist zur Zeit in einer sehr schlechten Verfassung, das Volk hat nicht Brot, weil es nicht Arbeit hat.

Die ersten offiziellen Feiern, die am Sonntag einsetzten, begannen um 12 Uhr im Lustgarten, wo mehrere tausend Beamte der Schutzpolizei auf dem Platz vor dem Schloß aufgestellt genommen hatten. Der sozialdemokratische preussische Innenminister Dr. Waentig betonte in seiner Ansprache, im heutigen Staat sei die Polizei ein Faktor größter Verantwortung. Nach ihrem Auftreten, nach ihrem Handeln werde man den Staat, den sie vertreten, beurteilen und würdigen. Deshalb müsse die Polizei ganz besonders von den großen Gedanken erfüllt sein, die in der Verfassung von Weimar leben. Die Polizei als bewachte Volkstreuheit des Volkswillens — das sei die Idee, an deren Verwirklichung unablässig zu arbeiten, gerade am Verfassungstage, von neuem gelobt werden müsse.

Am Nachmittag begannen die großen Volksfeste in den Gartenrestaurants und Sälen Berlins.

Keine neuen Verhandlungen mit Polen

Die polnische Presse veröffentlichte die am 4. August überreichte Antwortnote der deutschen Reichsregierung auf die polnische Note vom 15. Juni, in der Polen angeht die deutschen Zollserhöhungen neue Zollverhandlungen mit Deutschland forderte. In der deutschen Antwortnote werden unter dem Hinweis auf die grundsätzliche Gleichartigkeit der von Polen beanstandeten Zollserhöhungen mit den früheren, sowie auf die deutsche Landwirtschaftsnot die Verhandlungen abgelehnt. Die polnische Presse versteht die deutsche Antwortnote mit einem Kommentar, in dem es heißt, daß die polnische Forderung in Übereinstimmung mit der Genfer Konvention erhoben worden sei. Aus der deutschen Ablehnung gehe hervor, daß die deutsche Schutzpolitik den Grundfragen einer Stabilisierung des Zollniveaus widerspreche.

Gegenüber dieser polnischen Darstellung wird von deutscher Seite darauf hingewiesen, daß im Genfer Handelsabkommen vom 24. März 1930 den vertragschließenden Teilen ausdrücklich das Recht vorbehalten sei, in dringenden Fällen Zollserhöhungen vorzunehmen, ohne daß die dadurch betroffenen Vertragsstaaten deshalb neue Verhandlungen beanspruchen könnten und daß Polen selbst vor kurzem eine sehr bedeutende Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle beschlossen habe.

Zudem besteht die Tatsache, daß die neuen Zollserhöhungen und die Ablehnung der Verhandlungen durch die deutsche Regierung mit dem Geist des Genfer Abkommens bestimmt nicht zu vereinbaren sind.

Der ostpreussische Provinziallandtag hat einen Antrag der Nationalsozialisten angenommen, der vom Reich und von Preußen verlangt, keine Verträge wirtschaftlicher oder politischer Natur mit Polen abzuschließen.

„Hauptstück der Verfassung beseitigt“...

Eine Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten

Braun gegen Brüning

Auf dem Bezirksparteitag der Sozialdemokratie in Königsberg

In der Debatte auf dem Bezirksparteitag der Sozialdemokratie in Königsberg gab der preussische Ministerpräsident Otto Braun eine Erklärung ab über seine Stellungnahme bei der Reichstagsauflösung. „Ich habe“, so führte er aus, „wie es für mich als Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion selbstverständlich war, mit der Fraktion für die Aufhebung der Notverordnung, die auf Grund des Artikels 48 von der Regierung erlassen war, gestimmt. Aus dieser Abstimmung ist mir persönlich in der Rechts- und in der Zentrums Presse der Vorwurf gemacht worden, daß ich dadurch gegen die Regierung Brüning Stellung genommen habe, und zwar eine Regierung, die gänzlich vom Zentrum getragen und geleitet werde, was nicht ohne Einfluß auf die Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit dem Zentrum in der preussischen Regierung bleiben könne. Ich nehme daher die erste Gelegenheit wahr, mich öffentlich dazu zu äußern, und erkläre: Ich habe, wie es ja für sozialdemokratische Fraktionsmitglieder selbstverständlich ist, dem Beschluß der Fraktion entsprechend für die Aufhebung dieser Notverordnung gestimmt. Das war nicht lediglich ein Ausdruck der Fraktionsdisziplin, sondern ich habe in diesem Falle — es kann ja vorkommen, daß man materiell anderer Meinung ist, als die Fraktion — mit der Fraktion gestimmt, weil ich auch materiell mit der Haltung der Fraktion übereinstimme. Ich halte den Weg, der hier beschritten wird, d. h. die Erziehung des Parlaments durch den Artikel 48 der Reichsverfassung, für verhängnisvoll. Wenn dieser Weg weiter beschritten werden soll, wenn eine Regierung, die für ihre Vorlagen im Parlament keine Mehrheit findet, durch Verordnungen sich über das Parlament hinwegsetzt,

dann ist eben das Hauptstück der republikanischen Verfassung beseitigt. Das parlamentarische System ist dann nur noch eine Fäulnis.

Ich verkenne keineswegs die schwierige Situation, in der sich die Reichsregierung befindet. Gleichwohl habe ich für die Aufhebung der Notverordnungen getimmt aus grundsätzlichen Erwägungen, die mich auch geleitet haben bei den Verordnungen, die auf Grund des gleichen Artikels seinerzeit von unserem Reichspräsidenten Ebert erlassen worden sind. Damals habe ich mich als Abgeordneter dagegen gewendet, weil die sozialdemokratische Fraktion die Aufhebung nicht beantragt hatte. Ich habe damals als preussischer Ministerpräsident dagegen eingewandt, daß ich die Anwendung des Artikels weder mit den Worten noch mit dem Sinn der Reichsverfassung für vereinbar halte. Der Artikel 48 der Reichsverfassung besagt, wenn in einzelnen Landesteilen oder im ganzen Reich die Ruhe und Ordnung gefährdet ist, dann können einzelne Artikel der Reichsverfassung außer Kraft gesetzt werden, und dann kann die Reichsregierung, d. h. wenn diese Bestimmungen außer Kraft gesetzt worden sind, die Maßnahmen ergreifen, die geeignet und notwendig sind, um die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Das ist das Wesentliche des Artikels 48.

Er gibt kein Verordnungsrecht, wie es jetzt angewandt wird.

Ich habe damals das Reichsregierung in einem längeren Schriftsatz auseinandergesetzt. Es hat damals sogar eine monatelange Verstimmlung mit meinem Freunde Ebert ausgelöst, daß ich diese Haltung eingenommen habe. Ich habe damals erklärt, ich setze Gewicht darauf, daß diese Stellungnahme offenkundig gemacht werde. Meine Stellungnahme im Reichstag richtet sich daher nicht gegen die Reichsregierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung, sondern sie entspricht meiner grundsätzlichen Einstellung gegen eine Anwendung des Artikels 48, die jedes parlamentarische System völlig zunichte machen kann.“

Der Streik in Nordfrankreich

SPD Paris, 9. August.

Im nördlichen Industriegebiet ist eine gewisse Entspannung zwischen Arbeitnehmern und Streikenden eingetreten. In Roubaix haben 33 Fabriken die Forderungen der Streikenden (Tariferhöhung um 25 Centimes pro Stunde) angenommen. In anderen Städten macht sich eine ähnliche Entwicklung bemerkbar.

Die Gewerkschaftsführung dringt darauf, daß in denjenigen Fabriken, die die Forderung der Arbeiterschaft angenommen haben, sofort die Arbeit wieder aufgenommen wird. Die Kommunisten bemühen sich jedoch nach wie vor mit allen Mitteln, die ihnen unangenehme Wendung der Dinge zu verhindern. Die sozialistischen Gewerkschaften können dieser Entwicklung der Dinge natürlich nicht tatenlos zusehen. So wurde ein Selbstschutz belgischer und französischer Arbeiter gebildet, dessen Aufgabe es sein soll, die Wiederaufnahme der Arbeit in denjenigen Fabriken, die den erhöhten Stundentarif angenommen haben, gegen die kommunistischen Störversuche zu sichern. Es ist zu befürchten, daß die Kommunisten neue blutige Zusammenstöße provozieren werden.

6000 englische Bomben

Auffstand in Indien

WT London, 11. August.

Nach Meldungen aus Indien besetzt am Sonnabendnachmittag eine starke Abteilung der Wfridis ein als Lagerraum benutztes Haus in der Nähe von Peshawar. Erst nach dreistündigen heftigen Kämpfen wurden sie zur Aufgabe dieses Hauses gezwungen. Auch in der Nähe des Forts von Peshawar und entlang der Stadtmauern kam es zu Kämpfen, in denen die Wfridis ebenfalls zurückgeschlagen wurden. Von den britischen Luftstreitkräften, die über 70 Bombenflugzeuge verfügen, sind an einem Tage 6000 Bomben einer besonderen Konstruktion auf die vorrückenden Wfridis abgeworfen worden, ohne daß ihr Vormarsch nennenswert gehindert wurde.

Die in und bei Peshawar gegenwärtig zusammengezogene britische Truppenmacht ist die stärkste seit langen Jahren. In der Stadt selbst befinden sich zwei englische Infanterie-Bataillone, ein indisches Infanterie-Bataillon und eine Panzerwagen-Kompanie, starke Artillerie, zwei Husarenregimenter und technische Truppen. Diese Truppen werden als völlig ausreichend angesehen, um die Wfridis wieder in ihre Ausgangsstellungen zurückzuwerfen.

Schwere Kämpfe mit den Wfridis

WT London, 11. August.

Eine starke Abteilung der Wfridis hat am Sonntag die englische Patrouille in Poona Horle in der Nähe von Peshawar angegriffen und unter Verlusten zurückgetrieben. Am das Militärdepot in der Nähe der Eisenbahnstation von Peshawar ist ein heftiger Kampf im Gange. Die Wfridis sind trotz der technisch außerordentlichen Überlegenheit der englischen Streitkräfte und trotz der Bombenschüsse bisher nicht zurückgegangen. Der gesamte Eisenbahnverkehr zwischen Peshawar und Nowshera ist eingestellt worden. Die Tatsache, daß von englischer Seite sowohl Flugzeuge wie sehr erhebliche Teile der in Peshawar zusammengezogenen schweren Artillerie gegen die Wfridis aufgebracht wurden, wird als Beweis dafür angesehen, daß nunmehr tatsächlich große Teile dieses Stammes an dem Kampf gegen die britische Herrschaft beteiligt sind.

Streit um grönländische Inseln

WT Kopenhagen, 9. August.

Aus Oslo trifft die in Dänemark aufsehen erregende Meldung ein, daß eine norwegische Ostgrönland-Expedition die drei Inseln an der ostgrönländischen Küste Emersø, Geograficat und Trallsø in Besitz genommen habe.

Zußerdem habe diese Expedition auf dem Kap Stofj Kohlenvorkommen festgestellt und sie ebenfalls für ihren Besitz erklärt. Bei dieser Expedition handelt es sich um die norwegische Kackingsdrift-Gesellschaft, die im vorigen Jahre mit einem Aktienkapital von 37 500 Kronen gegründet und dänischerseits häufig angegriffen worden ist. Die Expedition hat im letzten Winter dort Fuchsfang getrieben und an zwei Stellen Hütten errichtet. Sie wurde während des Winters mehrfach von Polarwölfen bedroht.

Wie der dänische Direktor der Kolonie Grönland zu dieser Meldung mitteilt, ist es ganz ausgeschlossen, daß Norweger Privatteile Ostgrönlands in Besitz nehmen könnten. Dieses widerspricht den bestehenden Verträgen, wohl aber dürfen Norweger in Teilen Ostgrönlands, wo bisher dänischerseits kein Fuchsgang getrieben worden sei, mit Erlaubnis des dänischen Staates Fuchsbreiden. Eine Besitzergreifung grönländischer Gebiete seitens Norwegens sei jedoch völkerrechtlich ausgeschlossen.

Flucht aus Mussolinien

SPD Paris, 11. August.

In der Nacht zum Montag kamen 30 italienische Flüchtlinge, darunter mehrere Frauen, auf Schleppwegen über den Giesler von Nohemelon nach Frankreich. Sie hatten sich unterwegs verirrt. Ihre Rettung verdanken sie einer französischen Offizierspatrouille, die sie in Sicherheit brachte. Auf ihrem Wege fanden die Flüchtlinge die Leiche eines Landmannes, der bei einem Fluchtversuch erschöpft zusammengebrochen und erfroren war.

Ausbreitungen verhafteter Nazis

WTB Berlin, 11. August.

Die Nationalsozialisten unternahmen Sonntag nachmittag auf drei Lastautomobilen mit Anhängern eine Propagandafahrt. Hierbei wurden von den Insassen der Lastkraftwagen aufgehende Reden gehalten und außerdem verbotene Lieder gesungen. Gegen 17 Uhr wurden an der Kreuzung der Wiener und Glogauer Straße die Autos von der Polizei angehalten und sämtliche Insassen, insgesamt 285 Personen, der Abteilung IA eingeliefert. Vorübergehend waren diese 285 Nationalsozialisten in einem Dienstgebäude in der Magazinstraße untergebracht. Gegen 21 Uhr wurden dabei von den Zwangsgestellten in dem Untersuchungsraum mehrere Fenster eingeschlagen. Außerdem wurde der Wasserhahn im Toilettenraum abgebrochen, so daß sich das Wasser in den Raum der Zwangsgestellten ergoß. Die Wasserleitung konnte bald darauf durch den Maschinenmeister abgestellt werden. Die Feuerwehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten.

Frage- und Antwortspiel

SPD Der erste Bundespräsident des Reichsbanners, Höring, hat dieser Tage an den Führer der Staatspartei Dr. Koch-Weser einen Brief gerichtet, der folgende Fragen enthielt:

1. Steht die Deutsche Staatspartei vorbehaltlos zur Weimarer Verfassung?
2. Wird die Deutsche Staatspartei die Farben der Republik Schwarz-Rot-Gold gegen alle Angriffe verteidigen?
3. Wird die Deutsche Staatspartei den sozialen Schutz der Kopf- und Handarbeiter, der Rentner und aller wirtschaftlich Schwachen gegen eventuelle Übergriffe der Wirtschaftsmächte abzuwehren helfen?
4. Wird die Deutsche Staatspartei sich für die Republikanisierung von Reich, Staat und Gemeinde einsetzen?
5. Wird die Deutsche Staatspartei den kulturhändenden Antisemitismus ablehnen und wo nötig bekämpfen?

Auf diese Fragen hat Herr Koch-Weser mit folgendem Brief geantwortet:

Sehr verehrter Herr Oberpräsident!

Ihre Anfrage vom 31. Juli möchte ich nach Rücksprache mit meinen Freunden von der Deutschen Staatspartei wie folgt beantworten:

Die Frage 1. möchte ich uneingeschränkt mit Ja beantworten. Im Aufruf der Deutschen Staatspartei heißt es am hervorragenden Stelle: „Die Deutsche Staatspartei steht auf dem Boden der Reichsverfassung“, es wird dann weiter ein Bekenntnis zum „volksstaatlichen Aufbau der Republik“ abgelegt. Damit ist das demokratisch-republikanische Bekenntnis der Deutschen Staatspartei in aller Klarheit gegeben. Ihre zweite Anfrage beantwortete ich gleichfalls uneingeschränkt zustimmend, ebenso die Frage drei.

Die vierte Frage ist nicht ohne weiteres in ihrer Bedeutung zu erkennen. Die Deutsche Staatspartei steht auf dem Standpunkt, daß jeder Beamte in Reich, Staat und Gemeinde, seinem Dienstfeld getreu, für die Verfassung eintreten muß. Die Anstellung und Beförderung der auf dem Boden der Verfassung stehenden Beamten soll aber nach dem Aufbruch der Deutschen Staatspartei nach der Leistung, nicht nach der Parteizugehörigkeit erfolgen.

Die Deutsche Staatspartei lehnt den kulturhändenden Antisemitismus ab und bekämpft ihn.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Ihr sehr ergebener Koch-Weser.“

Was die Staatspartei tut, ist wichtiger als was einer ihrer Führer auf Abbruch schreibt! Die parlamentarischen Vertreter der Staatspartei und ihre Reichsminister stellen sich schützend vor die verfassungswidrige Notverordnungs-Diktatur der Hindenburg-Brüning-Regierung!

„Todeskampf der Freiheit“

Zur Geschichte des italienischen Faschismus

Von Leo Friedmann.

Wir müssen lernen, aus der Entwicklungsgeschichte des Faschismus in den verschiedenen Ländern die Gesetzmäßigkeit des Faschismus überhaupt zu erkennen. Man kann wohl sagen, daß die kapitalistischen Klassen fast aller Länder bereits aus der kurzen „Paule“ der Stabilisierungsperiode heraustraten in den aktiven Kampf gegen die internationale Arbeiterklasse. Die letzte Ursache dafür darf immer in der ständigen Wandlung des Kapitalismus, in der zunehmenden ökonomischen Unsicherheit der weltwirtschaftlichen Situation gesucht werden. So hängen auch die Formen, in denen der Faschismus in den einzelnen Ländern in Erscheinung tritt, von der jeweiligen ökonomischen Struktur des betreffenden Landes ab. Ob Au-Au-Klan in Amerika, Militärdiktatur in Ungarn, Empire-Faschismus in England, Lappo-Bewegung in Finnland, Heimwehr in Oesterreich, Nationalsozialismus und Artikel 48 in Deutschland — die Verschiedenartigkeit all dieser Ausdrucksformen kann nur erklärt werden aus der besonderen Stellung eines jeden Landes im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft. Daraus ergibt sich bereits aus der Verschiedenheit, auch eine weitgehende Gemeinsamkeit der Ursachen und Formen des Faschismus. Überall dort, wo der Faschismus irgendwie auftrat, stand er im Zeichen der entscheidenden Tatsache unseres Lebens, daß der Kapitalismus die herrschende Macht in der Gesellschaft ist. Überall ist es der Träger der heutigen Ordnung, das kapitalistische Bürgertum, das am Faschismus direkt oder indirekt beteiligt und sein Hauptinspirator ist: entweder durch die Faschisierung der eigenen Bourgeoisie in dem Lande (Deutschland und Oesterreich) oder durch den äußeren Druck einer fremden Bourgeoisie; der zweite Tatbestand wurde durch die Reparationsbank in ein aktuell-kapitalistisches Fahrwasser gelenkt. Hier muß, unter Berücksichtigung der national-politischen Verschiedenheiten, der gemeinsame Ausgangspunkt unserer Analyse des Faschismus liegen. Und wir werden von dieser grundsätzlichen Kritik aus auch eine merkwürdige Übereinstimmung in den äußeren Formen feststellen können.

Diese internationalen Maßstäbe vorausgenommen, bietet das eben erschienene Buch des Genossen Pietro Kenni, des früheren Chefredakteurs des „Avanti“ und jetzigen Emigranten, reichhaltiges und wertvolles Material. (Pietro Kenni: „Todeskampf der Freiheit“. Dietz, Berlin, 188 Seiten, Preis 2,75 Mark.) Kenni schildert anschaulich, allerdings ohne eine klar herausgearbeitete theoretische Linie, die Folge der Ereignisse, die zum Sieg des italienischen Faschismus führten. Seine Charakterisierung Mussolinis ist noch keineswegs vollkommen, führt sich aber auf eingehende Erfahrungen und genaue persönliche Kenntnis des Diktators. Kenni zeigt sehr viel Wirklichkeitsinn insbesondere bei der kritischen Darstellung des Sozialismus in der Krisenzeit. Das Buch ist lehrreich nicht nur in dem, was es sagt, sondern für den Marxisten auch mehr in dem, was aus der Vermittlung der geschichtlichen Tatsachen mit soziologischer Zwangsläufigkeit entnommen werden muß. Inwiefern ist das Erscheinen des Buches gerade auch im Hinblick auf unsere deutsche Situation sehr zu begrüßen.

1911 war Mussolini ein „radikaler“ Sozialist. In jene Zeit fällt die kampflose Verleihung des allgemeinen Stimmrechts von dem liberalen Ministerpräsidenten Giolitti an das italienische Volk. Mit Recht sagt Kenni zu dieser Aktion, die gemäßigten die Kompensation der Regierung für einen Kolonialkrieg war, der um Tripolis geführt wurde, daß sie „ein gefährliches Geschenk“ gewesen sei. „Im allgemeinen sind Reformen wertlos, die nicht durch schweren Kampf erzwungen werden.“ Sie bleiben auf dem Papier. Sie können in den Geheißbüchern stehen, aber sie leben nicht im Bewußtsein des Volkes.“ Mussolini war ein ursprünglicher Rebell mit sehr viel Sinn für den psychologischen Zustand des Volkes, aber sehr wenig theoretische Ueberkenntnis über die Entwicklungsstadien der Gesellschaft. Er „opierte gern die Lehre auf dem Altar der Aktion“. Er war gegen die Ausnutzung der parlamentarischen Chance, die so leicht und sooft von der Regierung an das Proletariat übergeben wurde. Er wandte sich lebensschmerzhaft gegen den „Reformismus“, dessen Postill gerade zu dieser Zeit von Erfolgen häuferte. Wir erkennen in dieser Vorliebehaltung von Mussolini bereits deutlich, daß er immer Syndikalist gewesen ist, also jener kleinbürgerlichen Abart des herrschenden bürgerlichen Denkens angehört, die sich in Teilen des südeuropäischen Frühproletariats noch so stark erhalten konnte.

Am Anfang des Krieges war Mussolini mit der gesamten Partei einzig in dessen Ablehnung. Im September 1914 war er bereits befehrt. Kenni behauptet, daß dieser plötzliche Umschwung auf französischen Einfluß zurückzuführen war, wozu ihm Geld angeboten wurde. (Hierbei spielte der spätere Kommunist Marcel Cachin eine wenig rühmliche Rolle.) Im Krieg waren die letzten Brücken von Mussolini zur Sozialdemokratie abgebrochen worden. Nach dem Krieg stand er allein. Sein Organ wurde von einer „sozialistischen Zeitung“ zu einem „Organ der Produzenten und Kriegsteilnehmer“ umgetauft. Seinem Ruf zur Bildung einer faschistischen Organisation leisteten nur wenige Duzend Leute Folge. Die erste deutliche Reaktion auf den Krieg, auf die soziale Verelendung, die er mit sich brachte, war eine Stärkung der sozialistischen Position, weil die Sozialisten es waren, die von vornherein auf die negativen Resultate der italienischen Kriegsbeteiligung hingewiesen hatten. „Und es existierte im ganzen Lande keine andere moralische Autorität außer der der Sozialisten.“

Wie konnte und wie mußte die sozialistische Partei auf diese verantwortliche Stellung reagieren? Während der ganzen sozialen Kämpfe, die nun ausbrachen und die von Mussolinis Sieg gekrönt wurden, hat die Partei eine durchaus unentschlossene Haltung gezeigt. Schon ragten die ersten Anzeichen der Spaltung in die sozialistische Organisation, in ihre Tatkraft und Entschlossenheit hinein. Die soziale Kräftekonstellation schildert Kenni folgendermaßen: „Auf der einen Seite hatten wir ein Proletariat, das die Schauffellung der Orgien und des Luxus der neuen Reichen erbittert und das den Sturm des Aufstandes fürchtete, der vom Osten über ganz Europa ausging.“

Ihm gegenüber stand ein Bürgertum, das ohne irgendwelchen Kraftaufwand ungeheure Geldsummen aufgehäuft hatte und doch keineswegs den weiten Blick eines wirklich neuen Wege gehenden neuen Unternehmertums besaß, ein Bürgertum, das im Krieg dem Heere Stiefel mit Pappschon und Ägeln aus Blech geliefert hatte und sich jetzt der Börse zuwandte, wo es mit derselben Leichtigkeit wie bei den Staatslieferungen verdienen wollte.“

Am 12. November 1919 besetzte der General d'Annunzio Fiume. Dies war, weil es von der immer hilfloser werden Regierung nicht legalisiert worden war, der Prolog des Faschismus. Seine erste bedeutende militante Ausprägung. Von nun an ging der Weg des Bürgertums zum Faschismus wie eine wilde Flucht vor der „sozialen Anarchie“ über einige moralische Hemmungen der Liberalen hinweg unaufhaltsam vorwärts. Noch erwartete die große Masse des Volkes die Rettung vom Sozialismus. Neuwahlen brachten der Partei überwältigende Siege über die faschistischen Tendenzen. Gegenüber dem zerfallenden Bürgertum, das sich dem Terror der Straße, der zunehmenden Drangsalierung der Arbeiterorganisationen und der Niedertrampeln aller demokratischen Rechte durch die faschistischen Banden gar nicht mehr ernsthaft widersetzen wollte, mußte sich die Partei zum Handeln entschließen. Sie konnte die Verantwortung nicht mehr von sich abwählen. Im August 1920 kamen die Fabrikbesetzungen. Und diese erschienen in der Tat als der Beginn einer revolutionären Aktion. „Ich weiß sehr wohl, daß nach den Absichten der Gewerkschaftsführer die Fabrikbesetzung nur die Aufgabe hatte, einen Lohnkampf zu entzünden. Aber jedes Ereignis erhält von den äußeren Umständen seine entscheidende Prägung. In der Atmosphäre des Jahres 1920, nach zweijährigen Massenbewegungen, erhielt die Fabrikbesetzung in den Augen des Volkes den Wert einer konkreten Geltendmachung eines neuen Eigentumsrechtes.“

Die Lehren der zweiundzwanzig Tage dauernden Fabrikbesetzung sind für das gesamte internationale Proletariat außerordentlich bedeutungsvoll. Die Aktion endete mit einem gewerk-

schaftlichen Sieg, indem die verlangte Produktionskontrolle nach außen hin ausgeübt wurde. Kenni sagt sehr richtig, daß sich hinter diesem äußeren Sieg eine entscheidende politische Niederlage verbarg. Weßhalb? Die Situation erforderte gebieterisch die politische Auswertung dieser künstlich auf rein wirtschaftliche Parolen beschränkten Kämpfe. Es konnte hier nicht mehr stehen geblieben werden. Der Faschismus konnte nur noch dadurch verhindert werden, daß ihn die soziale Revolution vollständig niederwarf, daß der faschistischen Lösung die einzigmögliche antifaschistische ohne Illusion auf die bürgerlich-demokratischen Prinzipien entgegengestellt wurde: die sozialistische. Statt dessen kapitulierten man vor der scheinheiligen Bekundung der bürgerlichen Friedfertigkeit. Dadurch gewann nicht nur der Faschismus an Boden, sondern die Spaltung der Arbeiterklasse wurde vertieft, oder wie Kenni sagt, „der revolutionäre Elan war auf immer gebrochen“.

Von nun an ist trotz des heldenhaften, aber unorganisierten und ephemerhaften Widerstandes der Arbeiter das Schicksal Italiens besiegelt. Einzelne Zwischenstationen sind aber äußerst interessant. Am 3. August 1921 wird eine Drei-Friedenspakt zwischen Sozialisten und Faschisten unterzeichnet: Beide verpflichten sich, ihre gegenseitige Propaganda nicht zu verhindern und ihre bewaffneten Organisationen aufzulösen.“ Aber es erweist sich unmittelbar darauf, daß sich der Krieg der Klassen durch solche mechanische Rezepte nicht abmildern läßt. Nach einigen Tagen bereits wird die Vereinbarung von faschistischer Seite übertreten. Das Bürgertum, Banken und Börsen sind für den Faschismus, stellen Mussolini Gelder zur Verfügung. Auch der König „verrät“ die Demokratie. Am Abend des 30. Oktober 1922 legte Mussolini seine Ministerliste vor. Am 16. November wurde ihm in der Kammer von den bürgerlichen Parteien das Vertrauen ausgesprochen. Die Fraktion der „faschistischen Volkspartei“, die genau unserem Zentrum oder

nach besser den Christlich-Sozialen in Oesterreich entspricht, gab einstimmig ihr Votum für Mussolini ab.

Kenni kritisiert seine Partei und besonders deren Führer mit viel Bitterkeit. Es kann gar kein Zweifel bestehen, daß dort die Situation einfach nicht übersehen, idealisiert und durch Diskussionen verschleiert wurde. Wir dürfen aber rückblickend sagen, daß die italienischen Genossen keinerlei Erfahrungen hatten, daß sie ohne jede Vorbereitung auf diese Kämpfe herangehen mußten. Sie haben ihre Vorpostengefächte teuer genug bezahlt. Es kommt nur darauf an, daß diese Erfahrungen in den anderen Ländern angewandt werden. Eine der wichtigsten Lehren in Bezug auf die Stellung der Arbeiterklasse zum bürgerlichen Staat innerhalb einer akuten faschistischen Gefahr sehen wir in folgender Erfahrung Kennis: „Im allgemeinen aber war es für die Arbeiterklasse unmöglich, ihre eigene Verteidigung und gleichzeitig die der staatlichen Institutionen zu führen.“

Welches sind nun die Aussichten des Faschismus? Hierüber vermag Kenni nicht zu befriedigen, weil er die italienische Entwicklung doch zu zufällig sieht und die Dinge nicht genügend in den internationalen Zusammenhang einordnet. Gewiß sind auch wir der Meinung, daß einmal das Ende des Faschismus kommen wird. Aber wir sind der Ansicht, daß dies heute noch mehr und noch konkreter denn je davon abhängt, welche politische und revolutionäre Aktivität das internationale Proletariat zu entfalten vermag. Wird die Umstellung der internationalen sozialistischen Organisationen auf den wirkungsvollen Kampf gegen den internationalen Faschismus gelingen, dann wird vielleicht auch die Stunde der italienischen Diktatur bald geschlagen haben. Und unsere Brüder in allen Ländern werden frei und gerächt sein.

Wohin soll die Kaufkraft geleitet werden?

Sehr beachtenswerte Feststellungen machen die jüngsten „Wirtschaftlichen Mitteilungen“ der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft. Nachdem von der Einschränkung der Produktion im ersten Halbjahr 1930, die gegenüber dem ersten Halbjahr 1929 in der ganzen Produktion Deutschlands 10 Prozent, bei der Stahl- und Walzwerkserzeugung sogar 20 Prozent betragen dürfte, und von der verminderten Kaufkraft der Industriearbeiterschaft auf dem Konsumgütermarkt und dem Rückgang der Erzeugung in den Produktionsmittelindustrien infolge verschlechterter Konjunkturaussichten, die die Vornahme von Neuanlagen verhindern, berichtet wird, stellt die Veröffentlichung folgendes fest:

Der Prozeß der technischen Rationalisierung ist weitgehend zu Ende geführt

und Neuanlagen werden nur dort in Angriff genommen, wo es sich um die Ausnutzung neuartiger Verfahren oder um die Ausdehnung auf Produktionsgebiete handelt, die auch unter den schwierigen Gesamtverhältnissen Erfolg versprechen. So erklärte es sich, daß neben dem Wohnungsbau auch die industrielle Bautätigkeit gegenüber dem Vorjahre außerordentlich stark gesunken ist, und daß der Auftragsingang der Maschinenindustrie im zweiten Vierteljahr 1930 rund 30 Prozent unter dem der gleichen Vorjahrszeit lag. Der Beschäftigungsgrad sei nach dem Junibericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten auf 60 Prozent gesunken und habe damit den tiefsten Stand seit Jahren erreicht.

Was folgt nun aus diesen Feststellungen? Wenn Neuanlagen nicht gemacht werden, weil der Prozeß der technischen Rationalisierung zu Ende ist und auch sonstige Hindernisse der Investitionstätigkeit gegenüberstehen, so ist

zur Ueberwindung der Krise nur das einzig Mögliche, den Markt für Konsummittelindustrien zu kühlen, die dann auch die laufende Nachfrage nach Produktionsmitteln erhöhen. Das aber kann allein auf Grundlage höherer Löhne erfolgen. Da die D. D.-Bank in die Einheitsfront des Großkapitals eingereiht ist, so darf sie freilich aus ihren Feststellungen die richtigen Schlüsse nicht ziehen, sondern besteht, in scharfem Widerspruch zum Tatbestand, den sie schildert, weiter auf der Forderung der Senkung der Lohnkosten. Allerdings glaubt sie das ohne Senkung der Reallöhne durchzuführen, wobei sie freilich kein Rezept darüber geben kann, auf welche Weise die Löhne ohne Senkung der Realkaufkraft herabgesetzt werden könnten.

General a. D. Reinhardt, der letzte preussische Kriegsminister und erste Chef der Heeresleitung in der Reichswehr ist in Berlin im 50. Lebensjahr gestorben. General Reinhardt war zuletzt Befehlshaber des Wehrkreises V und Oberbefehlshaber der Reichswehrgruppe 2.



Berliner Königsbesuch

Fessal der I. aus Irak kommt mit Petroleuminteressen

Die Folgen der Lohnsenkung Begünstigung der Rückständigkeit

In einer ausschlußreichen Arbeit im Juliheft der Neuen Blätter für den Sozialismus macht Professor Adolf Löwe treffende Bemerkungen über die Nachteile der allgemeinen Lohnsenkung für Betriebe, die die Rationalisierung durchgeführt haben. Je stärker ein Betrieb seine Kapitalausstattung verbessert und je mehr zu diesem Zwecke sich verschuldet hat, um so mehr muß ihm daran liegen, daß ihn nicht durch eine Senkung der Löhne seine rückständigen Konkurrenten, bei welchen der Lohnanteil höher ist, im Wettbewerb plötzlich überflügeln. Die allgemeine Lohnsenkung kommt keineswegs allen Unternehmern in gleicher Weise zugute, sondern begünstigt den Rückständigen zu Lasten der Fortschrittlichen und hebt zu allen sonstigen Krisenverlusten hinzu auch noch die Rentabilität der Kapitalanlagen in den letzten Jahren wieder auf. Daß sich angesichts dieses Umstandes unter dem Schlagstrich des Lohnabbaues eine einheitliche Front der Unternehmer bilden konnte, läßt sich, schreibt Professor Löwe, nur durch die sozial- und machtpolitischen Interessen erklären, die sich außerhalb aller wirtschaftlichen Erwägungen an das Lohnproblem knüpfen.

Die Preisentwertung in den Kommissionen

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, in dem seit Dienstag schöne Reden über Preisentwertung und andere Dinge gehalten worden sind, faßte am Donnerstag den Beschluß, eine Kommission einzusetzen. Diese Kommission soll, wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ erfährt, den Entwurf einer Antwort auf die Frage der Regierung, wo und wie die Preise zu senken seien, fertigstellen. Man hofft, daß der Entwurf Mitte nächster Woche vorliegen wird. Dann soll der Wirtschaftspolitische Ausschuß weiter über die Angelegenheit befinden.

Es hat sehr den Anschein, daß die Reichsregierung die Absicht hat, die Preisentwertung in den Dunkel der Kommissionen und Ausschüsse verschwinden zu lassen.

Rückgang der Warenhaus-Umsätze

Die Umsätze der deutschen Warenhäuser bleiben im Monat Juni um mehr als 7 Prozent hinter der Vorjahrs-höhe zurück. Bei den Umsätzen in Hausrat liegt eine Verringerung um 18 Prozent, bei den Nahrungs- und Genussmitteln ein solches um 10 Prozent vor. Die Umsätze in Bekleidung halten sich nur geringfügig unter dem Vorjahrsstand (Verringerung um 2,6 Prozent). Für das gesamte erste Halbjahr wird eine Verringerung der Umsätze um 3,1 Prozent festgestellt.

Ein großer deutscher Schokoladentruft

SD Die Stollwerck-A.-G. teilt die Uebernahme der Reichardtwerk G. m. b. H., Joh. Gottl. Hauswaldt G. m. b. H. und W. W. Gaebe G. m. b. H. mit. Damit sind die bisherigen Hauptkonkurrenten in der Schokoladenindustrie unter einen Hut gebracht, und die Stollwerck-A.-G., die auch vermehrten Einfluß auf die Goldina-A.-G. genommen hat, stellt in ihrer heutigen Form den größten deutschen Schokoladenkonzern dar. Die obengenannten Betriebe waren früher im Besitz des Margarinetruffs (Unilever-Konzern). Die Fusion wird mit Hilfe von Anleihen durchgeführt, die für die Zeit von 20 Jahren laufen. Für Ueberlassung der Geschäftsbetriebe, Kundshaft und Marken zahlt die Stollwerck-A.-G. ab 1932 eine auf 10 Jahre bemessene Abschlagszahlung und eine nach der jeweiligen Dividendenhöhe gestaffelte Abgabe vom Reingewinn. Dem Konzern ist es gelungen, die bisher von der Firma Reichardt unterhaltenen Ladengeschäfte an die Fabrikanten der G. m. b. H. in Berlin abzugeben. Damit verzichtet die Stollwerck-A.-G. auf direkte Belieferung.

Gemeinsame Listen in Baden

III Karlsruhe, 11. August. Zwischen der Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei in Baden werden ausstehende Besprechungen über den Abschluß eines Wahlabkommens für die Reichstagswahlen geführt. Reichsfinanzminister Dietrich hat Außenminister Dr. Curtius die Führung der gemeinsamen Liste in Baden angetragen und ist bereit, an die zweite Stelle in Baden zu treten. In Württemberg soll die Liste von Dr. Heuß (Staatspartei) geführt werden, dem Reichardt (D. Vp.) an zweiter Stelle folgt. Die Selbständigkeit beider Parteien wird nicht berührt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fritz Bielig, Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Hugo Sepphard in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittkowski & Co., Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

UMGEBUNG

Brandstiftung in Pönitz

Einbruch, Raubakt oder gar Mord?

Am Sonnabend in der ersten Morgenstunde brach im Dorfe Pönitz in dem Grundstück der Witwe Köhlig Feuer aus. Als Brandursache wurde vorläufige Brandstiftung festgestellt. Das Haus liegt etwas abseits vom Dorfe inmitten ausgebreiteter Obstplantagen. Die Brandstifter drangen von der Hauptstraße des Dorfes aus in das Anwesen ein. Nachdem sie den großen Waghund mit Laten erschlagen hatten, brückten sie die Fensterscheiben des Treppenhauses ein und kletterten auf den Dachboden. Hier errichteten sie eine Bodenlampe und legten Feuer in den dort befindlichen Betten, Strohsäcken und Kleidungsstücken an. Um ganz sicher zu gehen, hatten die Einbrecher die Gegenstände über und über mit Petroleum begossen. Die Feuerwehren von Pönitz, Pieschitz und Taucha hatten mehrere Stunden zu tun, um des Feuers Herr zu werden. Die Nachforschungen nach den Brandstiftern sind von der Tauchaer und Leipziger Gendarmerie aufgenommen worden. Man nimmt mit ziemlicher Sicherheit an, daß es sich um einen Raubakt handelt. Vor der Tür des benachbarten Gehöfts wurde ein Zettel gefunden, auf dem mit verstellter Schrift die Worte gefügt waren: „Das nächste Mal kommt Ihr dran! Feuer! Feuer! Feuer!“ Im Dorfe herrscht begreiflicherweise große Erregung. Wie wir auf Anfrage bei der Tauchaer Gendarmeriestation erfahren, verfolgt man bereits eine bestimmte Spur.

Der vor dem Nachbarhaus gefundene Brandbrief mit der Drohung „Ihr kommt das nächste Mal dran“ ist nicht der einzige geblieben. Der Bürgermeister der Gemeinde Pönitz, Donner, hat durch die Post noch um die Mittagsstunde des gleichen Tages einen zweiten, von unbekannter Hand geschriebenen Brandbrief erhalten, der die Drohungen erweitert. Dieser in Taucha abgestempelte Brief hat folgenden Wortlaut:

„Feuer, Feuer, Feuer. Drei Güter und drei Häuser brennen weg. Schafft Arbeit, ihr Faschistengelumpen. Wir machen nicht länger mit.“

Es ist kaum anzunehmen, daß der politisch gefärbte Ausbruch „Faschistengelumpen“ mehr als ein allgemeiner Schimpf sein soll, vielmehr hat er auch den Zweck, die Behörden auf falsche Spur zu locken.

Neuwahlen in zwei Großgemeinden

Niederträchtiges Wahlmanöver der Nationalsozialisten. Am gestrigen Sonntag haben in zwei neuen Großgemeinden die Neuwahlen stattgefunden: in der aus 6 Gemeinden zusammengefügten Kommune Dürrenberg und in Leuna. Das Ergebnis ist folgendes:

Leuna.
SPD 1192 Stimmen mit 8 Mandaten.
Bürgerliche Einheitsliste 1196 Stimmen mit 7 Mandaten.
KPD 229 Stimmen mit 1 Mandat.
Nationalsozialisten 420 Stimmen mit 2 Mandaten.

Dürrenberg.
(Die eingekammerten Zahlen aus 1929.)
SPD 598 (715) Stimmen (Verlust 117) 3 Mandate.
Bürgerliche Einheitsliste 976 (891) Stimmen (Gewinn 85) 6 Mandate.
KPD 680 (758) Stimmen (Verlust 78) 4 Mandate.
Liste Schmolzer (wider Kommunisten) 319 Stimmen, 1 Mandat.
(Mit den Schmolzerstimmen gewinnt die KPD 241.)
Nationalsozialisten 224 (137) Stimmen (Gewinn 87) 1 Mandat.

Knapp vor der Wahl hatten die Nazi ein Flugblatt veröffentlicht, in dem sie gegen unsere Genossen Städte die insame Behauptung des Meineids aufstellten. Genosse Städte hat zwar sofort eine Vertagung mit dem Verbot der Verbreitung der unehrlichen und hinterlistigen Verleumdung erwidert; die Nazi-Propaganda wußte aber das Verbot zu umgehen und das gemeine Pamphlet als Wahlmanöver zu verbreiten.

Die Folge war — neben der Arbeitslosigkeit und andere Ursachen der Rückgang unserer Stimmen in der neuen Großgemeinde.

Vereinigung der kleineren Sächsischen Landgemeinden für den amtschauptmannschaftlichen Bezirk Leipzig

In der Augustversammlung brachte der Leiter des Jugend- und Wohlfahrtsamtes, Bezirksrat Teupel, das Wichtigste aus dem Haushaltsplan des Bezirksverbandes für 1930/31 zum Vortrag. Die anwesenden Bürgermeister und Gemeindevorordneten gewannen ein übersichtliches Bild von den Ausgaben, die die Bezirksverwaltung und der Bezirksfürsorgeverband dringend benötigen. Der Vortragende zeigte, wie bei den besseren Finanzverhältnissen manche Einrichtung noch praktischer und durchgreifender ausgebaut werden kann, der Wohlfahrt und Fürsorge im Bezirk weit gründlicher gedient werden soll. Die Anwesenden

stimmten dem Vortrage beifällig zu. In der Debatte ging der Referent auf verschiedene Anfragen ein und gab Aufklärungen zu den vorgebrachten Wünschen und Anfragen.

Die Notverordnungen der Reichsregierung, insbesondere, soweit diese die Sanierung der Gemeindefinanzen betreffen (Bürgerabgabe — Getränkesteuer), erläuterte der Vorsitzende der Vereinigung, Bürgermeister Amborn, Burghausen. Die neuen Notverordnungen des Reichspräsidenten geben den hart betroffenen deutschen Gemeinden neue Einnahmemöglichkeiten. Bürgermeister Amborn erläuterte die Wirkungen der neuen Steuermaßnahmen für die Gemeinden.

Die Reichsregierung hat den Ländern 100 Millionen Mark zur Linderung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zur Verfügung gestellt, wovon 10,1 Millionen dem Freistaat Sachsen zugewiesen sind, über deren Verteilung an Städte und Gemeinden Bürgermeister Amborn berichtete. Er gab weiter Aufschluß über ein von der sächsischen Regierung erlassenes sogenanntes „Sofortprogramm“. Für den amtschauptmannschaftlichen Bezirk Leipzig kommen 30 Wohnungen in Frage. Auf Vorschlag des Wohlfahrts- und Arbeitsministeriums und der Amtschauptmannschaft wurden die Gemeinden Pausig, Pönitz, Cröbern, Holzhausen und Burghausen mit je eines Sechsfamilienhaus bestimmt.

Kleinmüll.

Unsere Einwohnern steht von jetzt ab kostenlos die Städtische Eheberatungsstelle in Leipzig, Rathausring 7, Erdgesch., zur Verfügung, und zwar freitags von 17.30—18.30 Uhr.

Engelsdorf.

Bei der hiesigen Sparkasse wurden im Monat Juli in 751 Kassen 168 613,37 Mark eingezahlt und in 225 Kassen 29 673,50 Mark abgehoben. Ausgestellt wurden 104 neue Bücher. Das Einlegergut haben betrug Ende Juli 1 516 458,76 Mark.

Berufungskalender

Montag, 11. August 1930.

Metalarbeiter, Betriebsräte und Vertrauensleute vom Osten, Arbeiterheim, Kirchstraße 17, 19.30 Uhr.
Metalarbeiter, Funktionäre vom Westen, Schloß Lindenfels, 20 Uhr.

Dienstag, 12. August 1930.

Steineträger, Volkshaus, 17.30 Uhr.

Neues Theater.

Augustusplatz, Fernruf 21413

Montag, den 11. August 1930

100. Anzeigebestellung (L. Folge, 6. Aufl.)

Simone Boccanegra

Die große Tragödie in einem Akt und drei Aufzügen (V. Ballo)

Dem italienischen des G. Verdi frei nachgebildet und für die deutsche Opernbühne bearbeitet von Franz Werfel

Musik von Giuseppe Verdi

Musikalische Leitung: Edgar Braun

Inszenierung: Heinz Hofmann

Personen des Opernspiels: Simone Boccanegra, ein Weber (Max Spilcker); Jacopo Fiesco, Haupt der Republik (E. Ostermann); Paolo Adiani, Pietro, Vizekonsul der Republik (Hans Müller, D. Schumann)

Escarot, Hoff, Hausgehilfe Fiescos ufm.

(Zwischen Opernspiel und Drama liegen 20 Jahre)

Personen der Tragödie: Simone Boccanegra, jetzt Doge von Genua (Max Spilcker); Ugineto Grimaldi (Hans Müller); Jacopo Fiesco als Vater Andrea (E. Ostermann); Gabriele Adorno, ein junger Genuasener (Hans Müller); Paolo Adiani, Staatskonsul (Hans Müller); Pietro, Senator (Otto Schumann); Ein Hauptmann der Bogenschützen (Hans Müller); Eine Jose Amelias (Ella Röhler)

Soldaten, Bediente, Volk, Genatoren der Republik und Weber, Komitee des Dogen

Su Genua, um die Mitte des 14. Jahrhunderts

Adre: Konrad Neugebauer

Nach dem 1. Akt (3. Bild) findet eine längere Pause statt

Eintritt 10/15 Uhr. Anfang 20 Uhr. Ende nach 22/15 Uhr

Preise der Plätze 50 Pf., 60 Pf., 1. u. 2. R.

Dienstag, den 12. August, 20 Uhr: 141. Anz.

Verstellung (L. Folge, 6. Aufl.) Der Widder

Mittwoch, den 13. August, 20 Uhr: 142. Anz.

Wogelung (L. Folge, 6. Aufl.) Die verkaufte Braut.

Neues Operettentheater

Teleph. 22484. Dir. Dr. Eckert.

Heute 8 Uhr

Große Festvorstellung anlässlich des Reichs-Verfassungstages

Meine Schwester und ich

von Ralph Benatzky

in der fabelhaften Premierenbesetzung

Sämtliche Plakat- und Vorzuckarten haben Gültigkeit — Rundfunkhörer 30% Ermäßigung

Vorverkauf von 10 bis 1 1/2 u. ab 6 Uhr

Thomas Kirchhof 15, Telefon 266 13

Täglich abends 8 Uhr:

Münchener Sängers

Neue Loeschlager!

Ein Riesenspektakel

mit der faszinierenden Schlussoper:

Das große Los.

Gewerkschaftliche Anzeigen

Drittausend des N. D. G. B. Leipzig

Volkshaus, Seiler Straße 32, Fernruf 340 21

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig

Bürozeit: Vorm. von 9—13 Uhr, nachm. von 16—18 Uhr.

Vor Sonn- und Festtagen von 9—2 Uhr.

Mittwoch, den 13. August, abends 17 Uhr, im Volkshaus

Delegierten-Versammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Han über „Die Verschlechterungen der Arbeitslosen- und Krankenversicherung durch den Artikel 48“. 2. Gewerkschaftliches.

Jede Bauart muß vertreten sein. Der Vorstand.

Man nehme eine

ausgepreßte Zitrone.

„Aber die gibt doch nichts mehr her“, sagen Sie. Sehr richtig! Aber warum pressen Sie dann Ihren Körper aus wie eine Zitrone? Wollen immer noch etwas aus ihm herausholen. Sorgen Sie erst für den Erfolg der verbrauchten Kräfte, trinken Sie täglich das berühmte, echte Köstliche Schwarzbier. Dann können Sie aus dem Vollen schöpfen. Das echte Köstliche Schwarzbier ist zu beziehen durch die Bierhandlungen und Lebensmittelgeschäfte.

Familien-Nachrichten

Unsere alten, bewährten Vorkämpfer für den Sozialismus, Genossen

Otto Pollender

zu seinem 70. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche

Ortsverein Alt-Leipzig SPD

Unsere lieben, allverehrten Freund u. Kollegen

Otto Pollender

zur 70. Wiederkehr seines Geburtstages die herzlichsten Glückwünsche

Die invaliden Kollegen vom „Gutenberg“

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz, Fernruf 21416

Montag, den 11. August 1930

Öffentliche Vorstellung

zugl. Anz.-Bestellung für den Verein Deutsche Bühne

Valme

oder: Der Gefährte

Reinhold in fünf Akten von Paul Hornfeld

In Szene gesetzt von Erich Schönlank

Personen: Alara (Thessa West); Selene, ihre Tochter (Ruth Heßberg); Rauberjahn, Alaras Bruder (H. Engel); Valme (H. Heßberg); Lucine (Hr. Schönlank); Alantich (H. Heßberg); Cleopatra (Hilbert Garbe); Rosa (Gertrude Worfahrt)

Pause nach dem 3. Akt

Eintritt 10/15 Uhr. Anfang 20 Uhr. Ende nach 22 Uhr

Preise der Plätze: 50 Pf., 60 Pf., 1. u. 2. R.

Dienstag, den 12. August, 20 Uhr: Der reisende Operling.

Mittwoch, den 13. August, 20 Uhr: Der Kaiser von Amerika.

Kaffeehaus Künster

Täglich nachm. u. abends:

Künstlerkonzerte

Salon-, Jazz- und

Stimmungs-Kapelle

Kapellmeister: Klir. Hochburger

Angenehmer Aufenthalt

Ohren-, Nasen-, Halsarzt

Dr. Ramshorn

Dresden Straße 32

verreist

bis Mitte September.

Stellenangebote

Gartenverein „Goldene Höhe“, e. V.,

L.-Wahren, sucht ab 1. Oktober 1930 einen

Vereinshausbewirtschaftler

Bemerkungen sind bis 20. August bei

Karl Bell, L.-Wahren, Buchs-Nordhof-

Straße 43, II. L., einzureichen. Dasselbe sind auch alle näheren Bedingungen einzusehen.

Verkäufe

Rutenkartoffeln

verkauft am Leipziger Weg

Rittergut Schönau.

Total-Ausverkauf!

wegen Geschäftslufgabe

Reformbetten, Kinderbetten

Polster-Auflagen

Ente, Thomaststraße 11.

Von 9 bis 5 Uhr geöffnet

Auf Kredit Herrenanzüge

mit kleiner Abzahlung

Scherbel

Markt 2

(Rathausseite)

Total-Ausverkauf

wegen

Geschäftslufgabe

Kinderwagen

Klavieren

Rindern, Holz u. Met.

zum Teil bis 50%

ermäßigt.

Thomaststr. 11.

Von 9 bis 5 Uhr geöffnet

Son Herrschaften

wenig getr. Herr.

Sarberobe billig zu

pt. Adolheid Willems,

Börningstr. 12, p.

Ein- u. Verkaufsbüsch.

Auf Kredit Bettstellen mit

Katzen

mit kleiner Abzahlung

Hans Hoffmann

Bismarckstr. 10, I. Etage

Rauchtabelle

Feinschn. 50g 30,-

Krüllschn. 100g 40,-

Krüllschn. 250g 75,-

Zigarettenpapier

50 Blatt 25,-

Spielkarten

Skatkarte 60, 70, 75,-

Pfeffer

Großver. Leipzig

Sophienstraße 39a

(Ecke Bayr. Str.)

Tel. 32963

Diverses

Chic

der Anzug — und doch

gespart! Die Anfertigung

kostet einschl. halberer Zutaten nur

Mark 29.-

bezw. **Mark 39.-**

bei

H. Weigler

Jakobstr. 6 p.

(3 Min. v. Alt. Theater)

29.-

od. 39.- kost. ein Anzug

od. Mant. aus Ihr. Stoff

u. unseren gut. Zutaten

ZIERER am H.-Bahnhof

Wintergartenstr. 7

Ihr Anzug

ist, wie neu ge-

reimigt u. gebügelt!

45.50, 50.00, u. 55.00

frei. Vork. genügt an

Reinigung, Lindner

L.-Dollitz, Buchardstr.

Leipziger Buchdruckerei AG

Abt. Buchhandlung, Tauchaer Str. 19-21

Arbeiter-Bildungs

Institut Leipzig

Altes Theater.

Dienstag, 12. August, 20 Uhr: „Der

reisende Operling“. Karten zu 2 Mk.,

1.50 Mk., 3. Rang 40 Pfg.

Weißer Wand

Heute bis Mittwoch ab 5 Uhr

Das glänzende Programm

Henny Porten

in ihrem Prachtwerk

Die Herrin und ihr Knecht

Nach dem weltbekannten

Roman von Georg Engel

In den Hauptrollen:

Henny Porten, Fritz Kampers usw.

Außerdem:

Schmeling

gegen **Sharkey**

Der Kampf um die Weltmeis-

terschaft in tönender Fassung

sowie das weitere herrliche

Beiprogramm

Anfangszeiten: **5, 7.15, 8.35**

Judenfriedhof in Prag

Von Richard Lehmann



Panorama von Prag mit dem Blick auf den Hradcchin

Dichter und Schriftsteller haben ihn beschrieben; Filme haben ihn als Hintergrund für romantische oder phantastische Handlung benutzt.

Fast hätte es nicht geklappt. Wer wenig Zeit hat und doch viele Eindrücke vom schönen Prag sammeln will, der muß eine städtische Autobusrundfahrt mit Führung mitmachen.



Dicht bei- und übereinander liegen die Gräber der Juden

Fremdenführer; „hier ist nämlich jetzt das Standesamt.“ Erschütternd, prunkvoll-überladen ist das Grab des unbekanntesten Soldaten, das provisorisch in der Kathuskapelle untergebracht ist.

genüßung zugute kommen. Davon aber ist man in der Tschechoslowakei soweit entfernt wie anderswo.

Doch zurück zur Rundfahrt. Wir hatten auf dem Hradcchin etwas lange verweilt und sahen jetzt wieder im Autobus. Eine halbe Stunde blieb uns noch.

Die alte Judenstadt ist jetzt ein schöner, moderner Stadtteil; den ummauerten Friedhof erkennt man von außen nicht als Ueberbleibsel finsterner Mittelalters.

Mittelalterliches Denken, ja magisches Denken durchlebt alle Religionen auch unserer Tage.

reich daran. In den Steinfürden des Judenfriedhofes liegen die Wundzettel, die „Kwitel“, Papierhüchel, die dem Rabbi Löw ins Grab geworfen, Erfüllung geheimster Wünsche bringen sollen.

Wir scheiden vom Judenfriedhof, der uns weder besonders geheimnisvoll noch besonders romantisch erschien, sondern lediglich als ein interessantes Kulturdenkmal aus einer Zeit, deren Reste noch tief in die Gegenwart hineinragen.



Grab des Rabbi Löw

Feuersbrunst in einem Donauhafen

500 Waggons mit Waren verbrannt

In der Nacht zum Sonnabend entstand in den Voranlagen des Donauhafens Galaß eine Feuersbrunst, die in kurzer Zeit zu einem ungeheuren Feuermeer wurde.

Im Verlauf der Katastrophe sind leider auch Menschen zu Schaden gekommen. Ein Feuerwehrmann verlor infolge der außerordentlich starken Rauchentwicklung die Besinnung und verbrannte bei lebendigem Leibe.

Eisenbahnunglück in Bocholt

22 Leichtverletzte

Am Sonntag gegen 10.30 Uhr lief auf dem Bahnhof Bocholt ein Rangierzug auf den Personenzug 972 auf.

Ein Geldbriefträger beraubt

Am Freitagvormittag wurde der Geldbriefträger August Kleue, der beim Postamt W 50 angestellt ist, vor dem Hause Prager Straße 15 von drei jungen Männern überfallen.

Ein betrügerischer Generaldirektor

600 000 Mark Gelder kleiner Leute unterschlagen

Wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, handelt die Berliner Polizei seit einigen Tagen nach dem Generaldirektor der „Geschäftsfinanzierungs-A.-G.“ in Berlin-Pankow.

Die Vernehmung des Muttermörders

Der Berliner Muttermörder Calis Enjamant-Thieleke, der vor einigen Tagen seine Mutter in der Badewanne erdolcht hat, ist auch am Sonnabend eingehend verhört worden.

Opfer der Arbeit

Explosion in einer Berliner Kunstseidefabrik — Ein Toter, mehrere Schwer- und Leichtverletzte

Ein folgenschweres Explosionsunglück ereignete sich am Sonnabendmorgen in dem zum J. G. Farben-Konzern gehörenden Betriebe, der „Aceta“ GmbH in Berlin-Viktorsberg.

In Rummelsburg, dem Industriezentrum des Berliner Ostens, erstreckt sich auf dem Gelände zwischen dem Großkraftwerk Klingenberg und den Altersheimen sowie Waisenhäusern die zahlreichen Gebäude der „Aceta“ Kunstseiden G. m. b. H.

Die Explosion bei der Schweißarbeit

Es gab plötzlich eine mächtige, weithin vernehmbare Detonation. Der Kessel war explodiert und die einzelnen Eisenteile flogen wie Granatpfähle durch die Halle.

Dem Arbeiter Perell, der die Mündung des Schweißapparates bedient hatte, war der Kiefer zertrümmert und durch ein Eisenstück die Halsknochen zerrissen worden.

Ueber die Ursache ist noch nichts bekannt. Von der Polizei sind inzwischen die notwendigen Ermittlungen eingeleitet worden.

Schweres Flugzeugunglück

Der Apparat in einen Riesengastank gestürzt

Aus Chicago wird ein eigenartiger schwerer Flugzeugunfall eines Passagierflugzeuges, das mit drei Personen besetzt war, gemeldet.

Absturz des schwanzlosen Flugzeugs

Das schwanzlose Flugzeug, das zur Zeit auf dem Düsseldorf-Flugplatz Probeflüge ausführt, ist Sonntagmittag aus niedriger Höhe in der Kurve abgerutscht und dabei zertrümmert worden.

Aufmarsch zum Wahlkampf!

Leipzigs Sozialdemokraten kampfbereit

Die außerordentliche Generalversammlung des Unterbezirks Groß-Leipzig der SPD, die von 554 Delegierten und Mitgliedern der Organisationsleitung besucht war, nahm Stellung zu den bevorstehenden Reichstagswahlen. Im Mittelpunkt ihrer Verhandlungen stand das Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Graf über

Sozialdemokratie und Reichstagswahl

Genosse Graf stellte an die Spitze seines Referats einige nackte Zahlen, die die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Zustände in der deutschen Republik grell beleuchten. Deutschland hat rund 65 Millionen Einwohner. Nach der Statistik befinden sich darunter 16 Millionen Erwerbstätige, von denen jetzt mindestens 2,8 Millionen erwerbslos sind. Mitten im Sommer, im Monat Juli, wo sonst die Arbeitslosigkeit abnimmt, ist in diesem Jahre die Zahl der Erwerbslosen noch gewachsen, in der letzten Woche allein um 30 000!

Der Siemens-Schuckert-Konzern beschäftigt etwa 100 000 Arbeiter und Angestellte; davon sollen jetzt 10 Prozent auf die Straße geworfen werden. Dieses Unternehmen hat nach seinem für die Generalversammlung bestimmten Geschäftsbericht für das Jahr 1929/30 bei einem Aktientkapital von 175 Millionen Mark einen Reingewinn von 35 Millionen Mark gehabt. In Wirklichkeit betrug dieser Reingewinn, wie sich aus einem in Amerika gelegentlich der Aufnahme einer Anleihe verbreiteten Prospekt ergibt, 82 Millionen Mark; d. h. jeder Arbeiter brachte dem Unternehmen 820 Mark ein.

Der Reichshaushalt weist ein Defizit von mindestens einer Milliarde Mark auf. Für die Reichswehr sind im Etat für das laufende Jahr 4 Milliarden Mark eingelegt. Der Fehlbetrag im Haushalt soll gedeckt werden durch unsoziale Steuern, die fast ausschließlich die Masse der Minderbemittelten belasten. Auf der anderen Seite sind 620,6 Millionen Mark Steuererlöse vorhanden. Davon entfallen auf die

Vermögenssteuer (Ertrag 285,4 Mill.)	56,8 Mill. Rückstände,
Erbchaftsteuer (Ertrag 40,1 Mill.)	66,8 Mill. Rückstände,
Gesellschaftsteuer (Ertrag 22,9 Mill.)	26,7 Mill. Rückstände,
Obligationssteuer (Ertrag 5 Mill.)	18,6 Mill. Rückstände.

Bei allen Rückständen handelt es sich um Steuern, die von den Besitzenden zu entrichten sind, denn den Arbeitern, Angestellten und Beamten werden ja die direkten Steuern sofort bei der Lohn- und Gehaltszahlung abgezogen. Trotzdem scheint sich die Bürgerblockregierung nicht, die tranken Arbeiter noch extra zu belasten, indem sie die Krankenkassen verpflichtet, ihren Mitgliedern für jeden Krankeneintrag ebenso wie für jede Arzneiverordnung 50 Pfennige abzunehmen. Diese Zahlen beleuchten das soziale Elend, die herrschende soziale Ungerechtigkeit und den Klassencharakter des Staates. Das ist die Volksgemeinschaft, für die man die Massen der Besitzlosen begeistern will!

Nun kommt zur Wirtschaftskrise noch die politische Krise. Die Bürgerblockregierung treibt zur Staatskrise, indem sie unter verfassungswidriger Anwendung des Artikels 48 die unsozialen Steuern und den Abbau der Sozialversicherung durchsetzen will.

Das Unternehmertum hat die Arbeitslosigkeit zur Erreichung seiner reaktionären Ziele künstlich gesteigert. Das wird jetzt selbst von der Unternehmerpresse zugestanden.

Es handelt sich dabei um einen planmäßigen Vorstoß gegen die Sozialversicherung, gegen die Gewerkschaften, gegen die Organisation der Arbeiter überhaupt, um die Widerstandskraft der Arbeiterklasse zu zermürben und zu brechen.

Zur politischen Unterstützung dieser arbeitereindlichen Bestrebungen hat sich um den Reichspräsidenten eine bürgerliche Kamarilla gebildet. Bei der Regierungsumbildung hat Hindenburg dem Bürgerblock nicht nur den Reichspräsidenten und zwei Minister zur Verfügung gestellt, sondern er hat dem neuen Kanzler auch sofort die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages und zur Anwendung des Artikels 48 erteilt. Dem Unternehmertum und den bürgerlichen Parteien kam die Regierungskrise allerdings zu früh. Sie waren mit ihren Vorbereitungen zur Sammlung noch nicht fertig, ihre Truppen waren noch nicht marschbereit. Es gab noch überall nur die einzelnen „Interessentenhausen“, von denen der Reichsfinanzminister Dietrich gesprochen hat. Darum konnte sich die Regierung Brüning nur durch eine

ausgesprochene Liebesgaben- und Trinkgelberpolitik

von Fall zu Fall eine Mehrheit verschaffen und sich am Ruder halten. Der Deutsche Volkspartei, der Industriellenpartei, gab sie durch Benzin- und Benzoljoll und durch die Ausgleichsteuer Extraprozente. Die chemische Industrie konnte den Preis für einen Liter Betriebsstoff von 36 auf 45 Pfennige erhöhen, zu einer Zeit, wo auf dem Weltmarkt die Preise um 20 Prozent sanken. Durch eine einfache Umstellung bei der Zigarettensteuer wurden

der Zigarettenindustrie 100 Millionen in den Taschen geworfen.

Der Wirtschaftspartei wurde die Sonderumschlagsteuer für Konsumvereine und Warenhändler zugestanden. Die Landbaunder seufzte man durch die Ermächtigung an ihren Minister Siedle, unter Ausschaltung des Parlaments die Lebensmittelzölle zu erhöhen. Den Bayerischen Bauernbund förderte man durch den Abschluß des verhängnisvollen Weichtageschäfts. Die Bayerische Volkspartei bekam die Ermächtigung der geplanten höheren Biersteuer.

Diese skandalösen Liebesgaben- und Trinkgelberpolitik belastete zwar die breiten Massen mit rund einer Milliarde Mark, aber sie führte nicht zur Sanierung der Reichsfinanzen.

Wenige Wochen später mußte man zugestehen, daß ein neues Defizit von etwa 800 Millionen vorhanden war. Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages wird es noch wesentlich größer sein. Dazu kommen die Absatzschwierigkeiten für deutsche Produkte, die sich aus der Interesse der Agrarier betriebenen unskünftigen Handelspolitik ergeben. Das beabsichtigte, gegen Treu und Glauben verstoßende „Privatabkommen“ mit Finnland hat zum

Boykott deutscher Waren

in Holland und in den skandinavischen und baltischen Ländern geführt. Die Folge werden Rückgang der deutschen Ausfuhr, Absatzschwierigkeiten, Betriebseinsparungen und Steigerung der Arbeitslosigkeit sein. So schädigt man selbst die deutsche Wirtschaft, die man dann durch Lohnabbau beleben will. Am späten, beidneidet man die Unternehmungen der Kriegssopfer und neue Ansprüche werden überhaupt nicht mehr anerkannt, aber an den hohen Pensionen darf nicht gerüttelt werden. Dafür belastet man die Massen weiter durch unsoziale Steuern, wie die Ledigensteuer und die Kopfsteuer.

„Die Kopfsteuer ist in allen Kulturstaaten abgeschafft“

steht in Meyers Lexikon geschrieben — aber die Nazi-Regierung in Thüringen und die Brüning-Regierung im Reich führen sie wieder ein! Man wird demnach wohl Deutschland aus der Liste der Kulturstaaten streichen müssen.

Für eine Sanierung der Reichsfinanzen auf einer anderen, sozialeren Grundlage wäre im Reichstag wohl Gelegenheit vorhanden gewesen. Die Sozialdemokratie war bereit, bei einer solchen Sanierung mitzuwirken. Aber sie wollte die tragfähigen Schultern belasten, die minderbemittelten Schichten schonen und vor allem die sozialpolitischen Einrichtungen und Erzeugnisse sichern. Für eine solche Sanierung war aber die Regierung Brüning nicht zu haben. Sie wollte ihre Finanz- und Steuerpolitik nicht mit der Linken, sondern mit der

Rechten machen. Den Deutschnationalen allerdings ist die Regierung Brüning immer noch nicht reaktionär genug. Darum stimmte Eugen Berg mit seinem Anhang für die Aufhebung der Kolverordnungen und half so mit die Auflösung des Reichstages herbeizuführen. Die Hindenburg-Regierung hat dann trotzdem ihre arbeitereindlichen Verordnungen, wenig verändert, erneut auf Grund des Artikels 48 erlassen.

Es steht fest, daß die Anwendung des Artikels 48 unter den heutigen Verhältnissen ein glatter Verfassungsverstoß ist.

Bisher sind die öffentlichen Sicherheit und Ordnung, zu deren Wiederherstellung der Artikel 48 nur angewandt werden darf, nirgends gestört worden. Aber diese Störung der Sicherheit und Ordnung kann eintreten, wenn die Regierung Brüning ihre reaktionären Pläne wirklich durchführt. Deutlich genug hat es sich bereits gezeigt, daß es dem Bürgerblock und seiner Regierung in Wirklichkeit gar nicht um die Deckung des Defizits im Reichshaushalt geht. Sie wollen vielmehr die weitere Ausweitung der Demokratie; sie wollen ein falschliches Regime. Die Bourgeoisie will den deutschen Arbeiter wieder zu dem schuldlosen Ausbeutungsobjekt machen, das er in früherer Zeit einmal war. Dagegen muß sich die Arbeiterklasse wehren.

Darum geht jetzt der Kampf. Deshalb kämpft die Sozialdemokratie auch in diesem Wahlkampf gegen die neue Verfassung der Arbeiterklasse, für die Sicherung der sozialen und politischen Erzeugnisse, für die Erhaltung der Demokratie, für die Sicherung und den sozialen Ausbau der Republik.

Um diese Dinge geht jetzt der Kampf. Das müssen wir im Wahlkampf immer in den Vordergrund stellen, zumal jetzt alles mögliche versucht wird, die Öffentlichkeit vom Kern der Sache abzulenken. Besonders versucht man jetzt durch die Bildung neuer Parteien die Volksmassen irreführen und einzunehmen. Man wiederholt jetzt dasselbe Manöver wie nach dem November 1918, als man die alten Firmenschilder abnahm und alle Parteien als „Volksparteien“ und „demokratische“ Parteien auf den Plan trat. Dabei dürfen wir allerdings auch nicht übersehen, daß die Umbildung der Parteien das Ergebnis einer bedeutungsvollen sozialen Umschichtung ist.

Das Bild der Parteien in Deutschland zeigt ein groteskes Chaos.

In allen bürgerlichen Parteien kristallisiert es. Selbst die junge nationalsozialistische Partei hat ihre Spaltung, ob diese sich schon bei den kommenden Wahlen stärker auswirken wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Auf der einen Seite will Hitler das bessere Wahlpublikum für die Nazi-Partei sichern. Aus diesem Grunde hat z. B. Goebbels in Berlin das beliebte „Juda verrecke!“ vorgetragen. Das wird erklärlich, wenn man hört, daß sich neuerdings Jakob Goldschmidt, der Direktor der Darmstädter und Nationalbank, für die Hitlerbewegung interessiert. Auf der anderen Seite sammelt Otto Straßer, der zugleich nahe Fühlung mit den Kommunisten hat, den Pöbel um die Hakenkreuz-Flagge.

Die Deutschnationalen sind in vier Gruppen zerfallen. Die Gruppe um Eugen Berg sieht sich auf die konservative Wählerschaft in der Stadt; sie verkörpert die städtische Reaktion. Die zweite Gruppe um Siedle, die agrarische Interessentenvertretung, will unter verschiedenen Namen — Landvolkspartei, christlich-nationale Bauernpartei usw. — die ländliche Bevölkerung anziehen. Die dritte Gruppe um Westarp, Treutlaus und Lindener-Wildau, die „konservative Volkspartei“ weist als Unterzeichner ihres Aufrufs fast nur Adlige auf, sie ist die deutsche Adelpartei. Die vierte Gruppe um Mumm-von-Kudell hat ein evangelisch-soziales Firmenschild herausgehängt. Die letzten drei Gruppen werden sich schließlich auf irgendeine Art zusammenfinden, während die Eugenberg-Gruppe mehr zu den Nazis neigt. Das Zentrum ist die typische Klumpartei. Der „Zentrumsturm“ steht in dem Ruf, daß er allen Anstürmen Widerstand leistet. Das stimmt jedoch heute nicht mehr.

Der Anteil des Zentrums an den Wählerstimmen ist dauernd im Sinken.

Jetzt drohen Zentrumsführer mit der Sprengung der Preußenkoalition, aber im preussischen Landtag gibt es ohne Eugenberg noch keine Mehrheit. In den katholischen Gegenden arbeitet das Zentrum jetzt mit allen Mitteln gegen die Sozialdemokratie. Überall arbeiten die berühmten „Missionen“ die katholische Arbeiterbevölkerung.

Am tiefsten ist zurzeit die Klust im Lager der liberalen Parteien. Deutsche Volkspartei und Demokraten konnten sich nicht zusammenfinden. Der vorkapitalistische Führer Scholz, der zu stark nach rechts blühte, hat den richtigen Augenblick verpaßt. Koch-Weser und Mahrau sind ihm nun mit der Sammelaktion zuvorgekommen. Ihre Staatspartei stellt eine merkwürdige Ehe dar. Sie ist eine Ehe zwischen einem Pübertätensathleten und einer Schwindsüchtigen, in der die Demokraten ihren schwarzrot-goldenen Jungferntanz verlieren werden. Groß Heiterkeit! Die Aussichten der neuen Parteien sind schwer zu beurteilen. Erfahrungsgemäß gibt es ja immer eine große Zahl Enttäuschter und politisch Ungeschulter, die auf den Schwundel mit den neuen Firmenschildern hineinfallen. Die Neugründungen sind Spekulationen auf den politischen Unverstand, aber auch auf die Jugend.

Im ganzen gesehen stellen sie den Versuch dar, das Bürgertum von Westarp bis Vemmer zu sammeln.

Es ist dies eine Folge der außenpolitischen Entspannung. Mit der Neuregelung der Reparationsfrage hat die deutsche Bourgeoisie wieder Anschluss an das Weltkapital gefunden. Nun geht sie an die Sicherung ihrer politischen Macht im Innern, die sie bedroht sieht. Sie verliert jetzt auch das Interesse an der Demokratie. Sie strebt nach einer falschlichen Diktatur und sucht zunächst noch durch verfassungspolitische Experimente — „Wahlreform“, „Reform“ des Parlamentarismus — ihr Ziel zu erreichen.

Vor allem aber schlägt das Unternehmertum eine sehr kluge Taktik ein. Durch den Lohnabbau, den Abbau der sozialen Erzeugnisse und ähnliche Maßnahmen sollen Arbeiter und Angestellte den Glauben an ihre Gewerkschaften und an die Sozialdemokratie verlieren. Die Arbeiterorganisationen sollen disorientiert werden. Noch gar nicht genügend sind auch die Bestrebungen nach

Zertrümmerung der öffentlichen Wirtschaft

beachtet worden. Diesen Bestrebungen dienen auch die Methoden Schachts und soll jetzt die Kopfsteuer dienen. Man will die Gemeinden zur Einführung dieser unpopulären Steuer zwingen, ehe sie die Realsteuern erhöhen dürfen. Auf diesem Wege soll die Bewegungsfreiheit der Gemeinden und der öffentlichen Wirtschaft eingeschränkt werden. Am so ungestörter kann dann die Privatindustrie, besonders die kartellierte, trotz ihrer Redereien vom „Preisabbau“

ihren Preiswucher forszieren.

Wir haben ja jetzt die Tatsache zu verzeichnen, daß zwar die Preise der Produkte der nichtkartellierten Industrie eine geringe Senkung aufweisen, daß aber die Preise für Erzeugnisse der kartellierten Industrie noch gestiegen sind; z. B. sind die Preise für Stabeisen jetzt erst wieder erhöht worden. Die Tonne deutsches Stabeisen, die frei Antwerpen für 90 Mark geliefert wird, kostet in Deutschland selbst ab Werk nicht weniger als 150 Mark! Besonders interessant wird in der nächsten Zeit die Beobachtung der Entwicklung der Landwirtschaft sein, denn die Landwirtschaft wird jetzt mehr und mehr vom Finanzkapital erobert. Alle diese Umgestaltungen spiegeln sich in der Parteienumschichtung wieder.

Diese Entwicklung zeigt uns, welche Taktik wir als Arbeiterpartei einschlagen müssen; sie zwingt uns,

keine Rücksicht auf irgendeine bürgerliche Partei zu nehmen, nicht auf die Demokraten und nicht auf das Zentrum.

Pflicht einer Arbeiterpartei ist es, sich in ihrer Politik in erster Linie auf ihre historischen sozialistischen Aufgaben einzustellen. Auch wenn wir aus taktischen Erwägungen wieder zu einer Koalition kommen, müssen wir darauf dringen, daß darin die Grundzüge der Demokratie gewahrt bleiben. Die stärkste Partei in der Koalition muß auch tatsächlich die Führung haben. Wird anders verfahren, so muß das Ansehen des Parlaments sinken. Aus dieser Erkenntnis heraus müssen wir dafür sorgen, daß dem Mißbrauch des Artikels 48 schnellstens ein Riegel vorgezogen wird. Das schon in der Verfassung vorgesehene Ausführungsgesetz zum Artikel 48 muß endlich kommen. Vor allem aber müssen wir mehr noch als die sozialpolitischen und demokratischen Aufgaben

unser sozialistischen Ziele in den Vordergrund rücken.

Besonders müssen wir der heranwachsenden Jugend unser wahres sozialistisches Ideal zeigen und sie dafür begeistern. Das ist um so notwendiger, als der Sozialismus in dieser Zeit durch Nationalsozialisten und Kommunisten torrumplert wird. Wir müssen noch ein großes Stück Erziehungsarbeit leisten an jenen, die zwar ihre Gegnerschaft gegenüber dem Kapitalismus intuitiv fühlen, aber noch nicht klar sehen und ihre Aufgabe noch nicht erkennen. Wir müssen diese Schichten der Ungeschulten und Indifferenten für uns gewinnen. Ganz falsch wäre es, angesichts der letzten Erfolge der Nazis in Sachen etwa in einen Wahlpessimismus zu verfallen. Diese Erfolge sind eine vorübergehende Erscheinung. Für uns liegt kein Anlaß vor, pessimistisch zu sein. Unsere Aufgabe ist jetzt, die Sozialdemokratie so stark zu machen, ihre Mandatszahl so zu erhöhen, daß sich die Mittelparteien nach ihr orientieren müssen.

Noch nie seit 1918 stand die deutsche Arbeiterschaft vor so folgenschweren Entscheidungen wie jetzt bei dieser Wahl.

Arbeiten wir mit allen Kräften, damit die Sozialdemokratie innerhalb des Parlaments so gestärkt wird, daß sie die Achse wird, um die sich die Reichspolitik drehen muß.

Die Versammlung nahm das zündende Referat des Genossen Graf mit stürmischem, langanhaltendem Beifall auf und beschloß einmütig, von einer Aussprache Abstand zu nehmen. Sie schritt dann zur

Aufstellung der Kandidaten

Der Vorsitzende, Genosse Liebmann, berichtete über die Kandidatenvorschläge, die von den Ortsvereinen eingereicht, vom Unterbezirksvorstand zusammengestellt und von der Vorstandskonferenz einstimmig gebilligt worden sind. Mit Bedauern hob Genosse Liebmann hervor, daß die bisherige Abgeordnete Genossin Anna Siemsen nicht wieder auf der Liste erscheint. Schon vor der Auflösung des Reichstages hat die Genossin Siemsen dem Unterbezirksvorstand geschrieben, daß sie bei einer Neuwahl nicht wieder kandidieren werde. Als Gründe gab die Genossin Siemsen an, ihr eigentliches Tätigkeitsgebiet sei die Bildungsarbeit für die Partei. Durch die Uebernahme des Reichstagsmandats sei sie in ihrer Bildungsarbeit stark beeinträchtigt; ihr Gesundheitszustand sei infolge Ueberlastung so schlecht, daß sie auf die Wiederaufstellung verzichten müsse.

Die Organisation bedauert, daß die Genossin Siemsen nicht wieder kandidieren kann. Der Unterbezirksvorstand stellt ausdrücklich fest, daß irgendwelche Vorwürfe gegen die Genossin Siemsen wegen ihrer Parteiarbeit nicht zu erheben sind. Die tätigen Genossinnen des Unterbezirks haben der Genossin Siemsen ihr Vertrauen und ihren Dank ausgesprochen. Auch der Unterbezirk drückt der Genossin Siemsen sein Vertrauen aus und verbindet mit dem Dank für die geleistete Parteiarbeit den Wunsch, daß es unserer bewährten Mitkämpferin bald vergönnt sein möge, wieder in voller Gesundheit für die Partei wirken zu können.

Ohne wesentliche Debatte wurde hierauf die Kandidatenliste für den Unterbezirk Groß-Leipzig der folgenden Rangierung einstimmig genehmigt:

- Hugo Saube.
- Engelbert Graf.
- Marg. Starckmann-Hunger.
- Kornelius Gellert.
- Johanns Lang.
- H. A. Dr. E. Fränkel, Berlin.
- Anna Borggold.
- Hermann Schäfer.
- Otto Hennig.
- Hermann Liebmann.

Für die Reichsliste wurden ebenfalls einstimmig vorgeschlagen die Genossen Dr. Hübler und Dr. Fränkel. Zur Rangierung der Kandidaten auf der Liste für den gesamten Bezirk Leipzig sah die Versammlung den folgenden Beschluß:

„Der Unterbezirk Groß-Leipzig befehlet nach § 10 Absatz 4 unseres Bezirksstatuts die erste, zweite, vierte und fünfte Stelle der Kandidatenliste der SPD im Wahlkreis Leipzig; die dritte und sechste Stelle steht den nächst stärksten Unterbezirken (Wurzen und Köhlitz) zu. Die Generalversammlung des Unterbezirks Groß-Leipzig bevoollmächtigt die Vertreter des Bezirksparteitages, bei der Rangierung der Kandidaten die dritte Stelle mit der ersten Stelle zu tauschen, so daß der Unterbezirk Wurzen die erste Stelle, der Unterbezirk Groß-Leipzig die zweite, dritte, vierte und fünfte Stelle befehlet.“

Die Durchführung der Wahlarbeit

behandelte Genosse Wildes in einem kurzen, instruktiven Referat. Er berichtete über die von der Organisationsleitung getroffenen Vorbereitungen für den Wahlkampf und appellierte an alle Genossen und Genossinnen, in den nächsten Wochen restlos alle Kräfte in den Dienst der Partei zu stellen, damit der 14. September zu einem Siegestag der Sozialdemokratie werde.

In seinem Schlusswort hob Genosse Liebmann die erfreuliche Einmütigkeit und Geschlossenheit hervor, die die Generalversammlung beherrschte. Er gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die gesamte Parteigenossenschaft mit dem gleichen Geschlossenheit, mit derselben Begeisterung und mit demselben Willen zum Sieg in den Wahlkampf ziehen werde. Die Partei werde nicht nur einen Abwehrkampf führen, sondern werde entschlossen und energisch zum Angriff übergehen. Liebmann unterstrich noch einmal Grafs Ausführungen, daß die Sozialdemokratie den kommenden Wahlkampf durchziehen wird als ein Stück des großen weltgeschichtlichen Kampfes, den das Proletariat um den Sozialismus führt.

Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, in das die Versammlung begeistert einstimmte, wurde die Versammlung geschlossen.

Distanz vor Titeln!

Die arbeitsrechtlichen Übungen der Universität

Kürzlich berichteten wir von einem Vorfall in den gemeinsamen arbeitsrechtlichen Übungen des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Leipzig, in denen der Universitätsprofessor Erwin Jacobi eine Aeußerung über die Erwerbslosen gemacht hatte, wie sie kaum der reaktionäre Scharfmacher zuzurechnen würde. Diesmal wollen wir uns einmal mit dem "Vertrieb" in diesen Übungen im allgemeinen befassen, stehen sie doch im Mittelpunkt öffentlicher Beurteilung, da an ihr ständig Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände als Gäste teilnehmen. Für den Beobachter sind nun in erster Linie nicht die Referate der Korrespondenten interessant, die gelegentlich als Anreize eingehoben werden, sondern die Vorträge der Referenten, die typisch sind für die "Geistigkeit" der zukünftigen Vorlesenden von Arbeitsgerichten.

Dah hier gerade das Niveau oft erschreckend niedrig ist, daß die angehenden Richter kaum eine Ahnung von den Tatsachen des Alltagslebens besitzen, daß sie in der großen Mehrzahl einem rein juristischen Denken unterliegen, das sie unfähig macht, ökonomische Zusammenhänge richtig zu verstehen, sei nur nebenbei erwähnt. Es handelt sich hierbei um Schwächen des akademischen Lehr- und Ausbildungsbetriebes, die ganz allgemein verbreitet sind. Wer einmal Referendarprüfungen zugehört hat, weiß, daß die zukünftigen Richter und Staatsanwälte weniger von dem wirtschaftlichen Geschehen wissen als ein sechzehnjähriger Kaufmannslehrling, der dem Leben mit offenem Blick gegenübersteht! Wir wollen aber über die Besonderheiten der gemeinschaftlichen arbeitsrechtlichen Übungen einiges berichten, was gerade wissenschaftlich wertvoll ist für die Arbeiterschaft, die ja von Jahr zu Jahr mehr gezwungen ist, vor den Arbeitsgerichten als Kläger aufzutreten.

Eins fällt hier von vornherein auf: Die überwiegende Mehrzahl der Referate beweist, daß die Vortragenden kaum in der Lage sind, einen Gedanken logisch bis zu der letzten Konsequenz weiterzuentwickeln, obwohl das gerade bei Beurteilung der Vorgänge des Arbeitslebens nicht unwichtig ist. Aber weiter: Nur verschwindend wenige Vorträge lassen erkennen, daß die Studierenden eine eigene, selbständige und selbstarbeitete wissenschaftliche Auffassung von den Problemen des modernen Arbeitsrechts besitzen. Das ist sehr bedauerlich; denn ein in solchem Tempo in der Weiterentwicklung befindliches Gebiet der Wissenschaft, wie das moderne Arbeitsrecht, erfordert wahrlich eigenes Denken und eigene wissenschaftliche Arbeitsfähigkeit.

Besonders schlimm ist aber, daß man sehr häufig den Eindruck gewinnt, als sei den Leitern der Übungen, Erwin Jacobi und auch Richter, dieses selbständige Denken der wenigen schwarzen Schafe gar nicht so angenehm, wie man es von vornherein erwarten sollte! Das äußere Bild der Übungen ist in dieser Beziehung schon sehr aufschlußreich: Steht ein Referendar am Vortragspult, liest er, vor Angst schwindend, seinen Vortrag vor. Alle paar Augenblicke sieht er ängstlich nach den beiden Professoren und orientiert sich schnell, ob er nichts vorgetragen hat, was irgendwie nach "Referat" riechen könnte. Denn es wird mit unerträglicher Strenge darauf gesehen, daß die wissenschaftlichen Anschauungen der Übungsleiter mit der gebührenden Devotion und der nötigen inneren Verehrung gewürdigt werden — von einem ernstlichen Opponenten kann natürlich nie die Rede sein.

Verpflichtet sich aber solch ein Unglücksbarm von Student einmal, sagt er irrtümlicherweise etwas, was zum Beispiel Professor Erwin Jacobi nicht gefällt, unterbricht dieser ihn wie einen kleinen Kochjungen, kanzelt ihn mit ein paar Worten tüchtig ab, und heißt ihn, die "anständigen" Stellen, die der Vortragende vielleicht für die wichtigsten seines Referats hält, überspringen. Die meisten derartigen Vorträge gelangen also in total verfallener Form vor die Hörer.

Die Situation entwickelt sich aber erst zu voller Höhe, wenn nach Beendigung des Referats die "Generalkritik" einsetzt! Man hat hierbei oft den Eindruck, als kritisierte Wilhelm der Doornier die versammelte Generalität nach einem Mandat. Mit so viel überlegenem Hohn, offener Gefälligkeit und Mangel an Wohlwollen "verleihen" nämlich dann die Leiter der Übung den Vortrag und den Vortragenden. Daß hier viel berechtigter Kritik geübt wird, sei ohne weiteres zugegeben. Daß das Niveau vieler Vorträge zweifelhaft ist, wurde auch erwähnt, man hat aber bei der "Generalkritik" nicht oft den Eindruck, als gesehe sie, um dem Vortragenden zu helfen und der wissenschaftlichen Klärung zu dienen. Sehr oft kommt ein Selbstbewußtsein, eine Eifersucht, eine Portion Schadenfreude zum Ausdruck, die auf den Beobachter sehr peinlich wirken!

Warum ich das erwähne? Darf man sich unter solchen Umständen noch wundern, daß die Zahl der Arbeitsgerichtsbeschwerden, die formales Wissen mit eigener Anschauung und Urteilsfähigkeit verbinden, verzwiefelt gering ist, daß die Kammerordnungen, die so etwas wie äußeres und inneres Format besitzen, im Vergleich zu der Menge derer, die durchaus subaltern empfinden und auch so die Verhandlungen leiten, kaum praktisch in Betracht kommen? Junge Menschen, die in derartigen Kommissionen behandelt werden, denen man sehr häufig das Recht auf eine eigene Meinung abspricht, können sich nur unter besonders günstigen Umständen später auf Menschenwürde und eigene Meinung besinnen.

Nun sei zugegeben, daß die gemeinschaftlichen Übungen häufig anregend sind durch die Auswahl auswärtiger Referenten (Fraenkel, Joachim, Körpel usw.), und durch Referate, die gelegentlich Jacobi und Richter selbst halten. Es soll auch anerkannt werden, daß eine bemerkenswerte kritische Einstellung zu der Tätigkeit des Reichsarbeitsgerichtes in den Übungen vorhanden ist. Aber auch hier macht sich das unpädagogische Vorgehen unangenehm geltend. So ängstlich behutsam man die Formulierungen der Referendare vorträgt, wenn sie die theoretischen Auffassungen der Übungsleiter behandeln, so großmütig ist man, wenn einzelne Studenten wirklich unreflexe Urteile über die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichtes abgeben.

Weil wir gerade in diesen Punkten sehr häufig mit Jacobi und auch Richter übereinstimmen, bedauern wir diese verschiedenen Maßstäbe. Sie leiten die Studenten sicherlich nicht in eine erfreuliche Bahn! So wenig richtig es ist, von ihnen einen "Patriotismus" gegenüber der höchsten Instanz zu verlangen, so falsch ist es auch, die kritische Meinung zu prämiieren. Wissenschaft darf nicht von Gefühlsmomenten getragen sein und hat auch dann ernst und gewissenhaft angewendet zu werden, wenn es sich um "Gegner" handelt.

Eine letzte Bemerkung zu den gemeinschaftlichen Übungen des Instituts für Arbeitsrecht: Wir begrüßen die rege Beteiligung der proletarischen Vertreter an diesen Veranstaltungen. Wir freuen uns über die Ansichten der beiden Übungsleiter dort, wo sie fortwährend kritisch sind; es ist aber dringend notwendig, sich darüber klar zu sein, daß sowohl Erwin Jacobi als auch Richter durch ihre durchwegs bürgerlich-kapitalistisch orientierte Arbeiterschaft sind. Leider wird das sehr häufig vergessen und auch gelegentlich in der Arbeiterbewegung die Auffassung vertreten, daß es bei der juristischen Wissenschaft hier "nicht so genau darauf ankomme". Der gesunde Instinkt, der zum Beispiel gegenüber den Nationalökonomien des Bürgertums vorhanden ist, verlagert hier völlig.

Und hier ein offenes Wort: Die mangelnde Distanz, die gelegentlich zu konstatieren ist, erklärt sich aus der Überschätzung von Titeln und akademischem Wissen bei vielen Proletariern. Es wäre Unfug, das, was gut und wertvoll an der akademischen Bildung ist, zu unterschätzen; man darf aber auch nicht ohne jede Kritik an sich ansetzbare Dinge zur Kenntnis nehmen, weil der Vortragende einen pompösen und ehrfurchtsvollen "Rang" besitzt.

Die arbeitsrechtlichen Übungen der Universität Leipzig sind für die Arbeiterschaft sehr wichtig; sie darf aber vergessen werden, daß es sich hier um eine bewußt bürgerliche Institution handelt, und daß aus der Arbeiterschaft selbst durch die segensreiche Bildungsarbeit der Gewerkschaften bereits eine Reihe von Männern hervorgegangen ist, deren Bedeutung für das kollektive Arbeitsrecht viel größer ist, weil sie in ihm ein wahrhaft soziales Recht sehen.

Achtung, Bauarbeiter!

Die Baustelle des Bauunternehmers Albert Peter, Leipzig S 3, Waisenhausstraße 25, in Taucha, Friedrich-Ebert-Straße, Bauherr Herr Hans Grünwald, bleibt weiter für organisierte Bauarbeiter wegen rückständiger Löhne gesperrt. Eventuelle Beobachtungen, daß weitergearbeitet wird, bitten wir uns sofort mitzuteilen.

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig.

SACHSEN

Die Glendürke steigt

Auf dem sächsischen Arbeitsmarkte bewirkte die allgemein steigende Unsicherheit in Industrie und Handel ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosenkurve, das sich in der Zeit vom 15. bis 31. Juli von 387 000 auf 393 000 vollzog. Zahlreiche Meldungen von Stilllegungsangelegenheiten, von größeren Arbeitskämpfen haben das Bild des Arbeitsmarktes stark getrübt. Als einzige Besserungszeichen in der Berichtzeit sind eine verstärkte Aufnahme der Fähigkeit der Landwirtschaft durch die Getreideernte und laienmäßige Auftragsarbeiten in einzelnen Zweigen der Textilindustrie, wie stellenweise der Kammgarn- und Streichspinnereien, der Handspinn- und Strumpfindustrie zu buchen. Durch diese wenigen Besserungserscheinungen erklärt sich der Rückgang der Arbeitsuchendenzahlen in den Arbeitsbezirken Borna, Burgstädt, Döbeln, Glauchau, Reichenbach und Thalheim. In allen übrigen Arbeitsamtsbezirken mußte ein mehr oder weniger starkes Ansteigen der Zahl der Arbeitsuchenden festgestellt werden. Vorwiegend geht die Zunahme von den Berufsgruppen der Metallindustrie, des Bekleidungs- und des Holzgewerbes, des Verkehrsgewerbes und des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes aus. Auch hat der Beschäftigungsrückgang in den Baumwollspinnereien und -webereien, in der Kunstseidenindustrie und in der vogeländischen Sticker- und Spitzenindustrie eine Zunahme der Gesamtzahl der Arbeitsuchenden im Spinnstoffgewerbe um über 1000 bewirkt. Wenn auch die Zahl der Arbeitsuchenden in der Industrie der Steine und Erden von Mitte bis Ende Juli eine geringe Abnahme erfuhr, blieb die Lage doch schwankend und durch kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse gekennzeichnet. Die Lage des Baugewerbes in Sachsen blieb noch außerordentlich ungünstig. Die Arbeitsuchendenzahlen konnten nur in ganz geringem Umfange vermindert werden, und zwar bei den Bauarbeitern von 32 620 am 15. Juli auf 32 591 am 31. Juli und bei den Bauhilfsarbeitern von 20 004 auf 19 715.

Die männlichen Hauptunterstützungsempfänger sind in der Arbeitslosenversicherung von 133 401 am 15. Juli auf 130 943 am 31. Juli zurückgegangen, was vorwiegend auf die fortlaufenden Ausforderungen aus der Arbeitslosenversicherung zurückzuführen werden muß. Die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist bereits wieder von 63 050 auf 64 907, also um 2,9 v. H., angewachsen. Noch bedeutender ist die Zunahme in der Krankenunterstützung, wo die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger von 73 723 auf 79 603, also um 8 v. H., gestiegen ist.

Am die Parteikasse

Einige Vorstandsmitglieder der Deutschnationalen Partei in Dresden haben nach ihrem Austritt aus der Deutschnationalen Partei vom Wahlfonds dieser Partei 8000 Mark abgehoben. Darauf haben sie sämtlichen Parteigestelltem der Ortsgruppe Dresden gelündigt und ihnen das Gehalt teilweise bis zum Januar 1931 mit Hilfe der abgehobenen 8000 Mark ausgezahlt. Nach der Konstituierung der konservativen Volkspartei Ortsgruppe Dresden, traten dann diese Angehörigen zur konservativen Volkspartei über und betätigten sich dort angeblich ehrenhalber. Auf die Aufforderung des neugebildeten Vorstandes der DVV, Ortsgruppe Dresden, den abgehobenen Betrag sofort zurückzahlen, ging zunächst überhaupt keine Antwort ein. Nachdem aber der Staatsanwalt gegen die Konservativen mobilisiert worden war, erklärten sich die Konservativen zur Rückzahlung der 8000 Mark bereit. Die Deutschnationalen wollen trotzdem mit der Staatsanwaltschaft gegen ihre Zwillingenbrüder vorgehen.

Das Ende der sächsischen Demokraten

Der Landesvorstand der sächsischen Demokraten hat am 9. August unter Dr. Kälig eine Sitzung abgehalten, in der die Gründung der Staatspartei gebilligt wurde. Die Wahlkreiseverbände werden aufgeföhrt, die gesamte Organisation der demokratischen Partei der Staatspartei zur Verfügung zu stellen. Dann wurden aus jedem sächsischen Wahlkreis zwei Mitglieder für einen Aktionsausschuß gewählt.

Damit ist auch die Demokratische Partei Sachsens tot.

Ein General kneift

Im letzten sächsischen Landtagswahlkampf hat, wie man sich erinnern wird, General Lihmann in einer nationalsozialistischen Versammlung in Dresden ganz unerhörte Angriffe gegen den Reichspräsidenten, den früheren Reichskanzler Hermann Müller

Skaffenvertrag für Ziegeleiarbeiter

In der Ziegelei Chicago bei Bischofswerda muhten die Ziegeleiarbeiter zu Beginn der diesjährigen Kampagne solgendes Schriftstück unterzeichnen, wenn sie im Betriebe arbeiten wollten:

"Ich, Unterzeichneter, bestätige hiermit schriftlich, daß ich bei Herrn Ziegeleibesitzer E. Georg Veuner für das Lohn von per Stunde... einschließlich Ueberstunden arbeiten werde und gute Bestimmung der Betriebsleitung nachkommen werde und gute und saubere Arbeit liefern will. Für schlechte Arbeit muß ich mir gefallen lassen, daß ich Lohnabzug zu gewärtigen habe. Wenn sollte der Betrieb die volle wöchentliche Lohnzahlung nicht ausschütten können, bleibt der Rest stehen auf spätere Zahlung. Kündigung wird beiderseits auf 8 Tage festgesetzt. Eine Nachzahlung auf das vereinbarte Lohn kann nicht verlangt werden und wird auch abgelehnt. Auf Urlaub wird für 1930 verzichtet.

Dampfziegelwerke Chicago E. G. Veuner."

Das ist ein Musterklaffenvertrag nach dem Wunsch des brutalen und ausbeutenden Unternehmers. Auf Urlaub wird verzichtet. Für "schlechte" Arbeit müssen die Arbeiter Lohnabzug in Kauf nehmen. Lohn wird unter Umständen nach einem Jahre gezahlt. Das alles, weil die Arbeiter dieses Betriebes keiner Organisation angehören. Deshalb durfte sich der Ziegeleibesitzer auch erlauben, die Löhne um 15 bis 22 Prozent zu kürzen.

Drahtiger als durch dieses Beispiel kann nicht belegt werden, daß die Arbeiter an der falschen Stelle sparen, wenn sie die Betriebsbeiträge sparen. — Die Wirtschaftskrise kann bei Unorganisierten ganz naturgemäß widerspruchlos auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgetragen werden.

und andere Politiker gerichtet und der Hoffnung Ausdruck gegeben, es möchten in Deutschland mehr "Gemerkter" erleben. Der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Schneider wandte sich in einer Rede und in Zeitungsinterviews sehr scharf gegen General Lihmann. Kurz vor dem Wahltage erklärte die nationalsozialistische Presse, die Behauptungen Dr. Schneiders seien un wahr und "General Lihmann habe gegen Dr. Schneider die Verleumdungsklage angeklagt". Wie jetzt bekannt wird, ist diese Verleumdungsklage bis zum heutigen Tage nicht eingereicht worden. Man muß schon sagen, daß man es hier mit einem besonders tapferen General zu tun hat!

Ammer wieder Witzbergungen

Infolge der seudten Witterung ist in den erzgebirgischen Waldungen ein ungewöhnlicher Witzreichtum zu verzeichnen. Infolgedessen sind leider aber auch Erkrankungen infolge Verwechslung mit giftigen Sorten an der Tagesordnung. Neuerdings mußten in Marienberg wieder zwei Personen ins Krankenhaus aufgenommen werden, und zwar die Frau eines hiesigen Fabrikarbeiters und eine aus Chemnitz hier zur Sommerfrische weilende Dame.

Erdlöbe im Erzgebirge

In Sohndorf bei Stolberg haben Einwohner am Mittwoch voriger Woche einen ziemlich heftigen Erdlöb verspürt, der auch in allen Abteilungen unter Tag der Gemerkshaft Gottesegen bemerkt worden ist. Biefach schlugen Türen und Fenster zu. In den Schränken klirrte das Porzellan.

Zitau. Verzweiflungstat. Im benachbarten Grenzort Hermendorf durchschmitt die 44 Jahre alte Fabrikarbeiterin und Kriegserwitme Rieger ihrem vierwöchigen unehelichen Kinde die Kehle und sich selbst die Pulsadern. Während das Kind tot ist, wurde die Mutter in bethnungslosen Zustande ins Krankenhaus eingeliefert.

Freiberg. Bösartiger Kettenhund. In Großhartmannsdorf wurde ein siebenjähriges Mädchen, das den Gutshof betrat, von einem großen Hofhunde, der sich von seiner Kette losgerissen hatte, angefallen und durch Bisse an Brust und Rücken schrecklich zugerichtet.

Rixberg. Ein fünfjähriger Brandstifter. In Cunersdorf brannte ein Schuppen des Gutsbesizers Max Hempel nieder, wobei landwirtschaftliche Maschinen und die gesamte Heuernte vernichtet wurden. Als Brandstifter wurde der fünfjährige Sohn eines Schlossers ermittelt. Der Anabe hatte Zündhölzer gefunden, damit gespielt und den Schuppen angezündet. Vorher hatte er schon versucht, in einem anderen Schuppen Feuer anzulegen, das aber von Einwohnern schnell gelöscht werden konnte.

Niederzunsdorf. Ein Kind tödlich verbrüht. In einer hiesigen Familie rih ein 1 1/2 Jahr alter Anabe einen Spirituslocher um, auf dem sich ein Topf mit kochendem Wasser befand. Das Kind erlitt schwere Verbrühungen, denen es erlegen ist.

Leipziger Rundfunkprogramm

Dienstag, den 12. August 1930.

- 11.45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen.
- 12.00 Uhr: Verbi-Stunde. (Schallplatten.)
- 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. Schluß 13.00 Uhr.
- 13.00 Uhr: Wettervorhersage, Presse- und Börsenbericht.
- Anschließend: Humor aus Nord und Süd. (Schallplatten.)
- 15.00 Uhr: Hörbericht aus einer Zirkusprobe. Sprecher: Dr. Alfred Lehmann, Leipzig.
- 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 16.00 Uhr: Gerhard Kunze, Breslau: „Schlechtes Wetter — schlechte Ernte“.
- 16.30—17.30 Uhr: Opern-Musik. (Zugleich Uebertragung auf den Deutschlandsender.) Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Wilhelm Rettich. Solist: Dr. Leo Barczinski, Berlin (Bariton).
- 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- Anschließend: Wettervorhersage und Zeitangabe.
- 18.05 Uhr: Frauenfunk. Christa Mohr, Leipzig: „Haushaltsgenossenschaften“.
- 19.00 Uhr: Dr. Leo Matthias, Berlin: „Bei den Teufelsanbetern“.
- 19.25 Uhr: Tagesfragen der Wirtschaft.
- 19.40 Uhr: Konzert. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Wilhelm Rettich.
- 21.00 Uhr: „Glend der Wunderkinder.“ Szenische Folge von Arno Schirakauer. Leitung: Hans Peter Schmiebel. Mitwirkende: Margarete Anton, Lara Ritsch, Hans Frenberg, Hans Zeiss-Gött, Helmut Hefsig, Kurt Baumgarten.
- 22.00 Uhr: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk.
- Anschließend bis 24.00 Uhr: Tanzmusik. Uebertragung aus dem Dampfjiff-Hotel Dresden-Blasewitz: Kapelle Alwin Däßler.

Weiße Zähne: Chlorodont

Inselfischer

Von Alfred Brutt.

Die Insel liegt in der Ostsee... Von der hohen Düne sieht man rings das Meer. Unten im Weidgrund grasen die Ziegen. Sonst erblickt man nur Dünen, die durch Strandhafer und Stranddisteln gefesselt sind und hinter denen geborgen vor den bei Sturm anbrechenden Wogen die wenigen Häuschen der die Fischerei treibenden Inselbewohner liegen. Da sehe ich mich auf den höchsten Gipfel, werde zeitlos und hüte mich davor, irgendeinen der herandrängenden Gedanken aufzufangen... Wie verkommen die kleinen Anwesen dort liegen! Doch man überläßt sich besser keinen Gefühlen. „Himmels!“, „Reizend!“ „Die Leute hier haben es gut!“ So hörte ich heut. Aber ich bin skeptisch gegenüber dem Leben fremder Menschen. Schön ist es hier — wirklich schön. Weiter mag ich keinesfalls denken.

Eine Frau, eine Fischersfrau, die langsam die Düne erstiegen hat, tritt her und bleibt neben mir stehen, beschattet die Augen, sieht hinaus aufs Meer, das sich mit hartem Schlag unten gegen den Strand wirft. Es ist eine Frau von vielleicht fünfundsünfzig Jahren mit herbem Gesicht und unergründlichen Augen. „Sie haben's hier schön auf der Insel“, sage ich also und beobachte die Frau.

Das Gesicht ist wie gemeißelt. Es verzieht sich nicht. Nur ihr Blick wird anders. Weiß der Himmel, wie sie das macht. Ihr Blick scheint eine so heftige Ironie heraus — ohne daß er auf mich zielt. Und nach einem Weilschen sagt die Frau, ein wenig munter, ein wenig bitter: „Ja...“

Das war ganz empörend überlegen und sollte heißen: „Ich will dich Schafkopf in deinem Traum nicht föhren.“ „Seh'n Sie, wie seiden die Ziegen in dem frischen Grün glänzen“, rufe ich aus.

„Woh da ist sonnel Sand mang die Hafme. Und davon kriegen die Tiere Kollik und krepieren“, antwortet die Frau.

„Dieser herrliche Dünenland!“ jähre ich fort.

„Kein Kartoffelchen, kein Rübschen wächst da, Herrchen. Sie können glauben...“

„Und dann das Meer!“ — — —

„Wierzig Jahre hab' ich Angst gehabt — Tag und Nacht — daß mein Mann verlaufen wird. Und dann erkrank er doch. Und meine beiden Jungs auch...“ Sie spic heftig in die Richtung des Meeres hin aus. Wierzig Jahre! Na sie übertrieb ein bißchen. Und natürlich: man sieht dann die See und das Leben mit ganz anderen Augen an.

„Sehen Sie mal“, rief da die Frau plötzlich von sich aus. „Da kommt in jedem Jahr zu uns aus der Stadt ein Direktor mit seiner Familie. Er wohnt bei uns im Stall. Da haben wir wintersüber die Ziegen und Schweine drin. Für'n Sommer wird das ausgescheuert und die Betten kommen rein. So was finden die Menschen nun gerade schön. Ja — wissen Sie. Ich hab' Direktors mal besucht in der Stadt. Ich glaub' wirklich, diese Menschen sind — hm... Teppiche an den Wänden und Teppiche an der Erd'. Wenn ich Ferien hätt' — ich würd' mich hinschmeißen und vierzehn Tag' auf dem Teppich rollen.“

Das war ehlich — und ich lachte laut auf. „Aber das Baden! Das Baden!“ tief ich. „Seh'n Sie, wie gesund Sie sind — hier an der See. Diese Luft härtet ab.“

Die Frau sah mich von der Seite an. Dann öffnete sie ihr Mams, zeigte das Innere: es war dichter Schafspelz — an diesem Hochsommer! „Das tragen wir Sommer und Winter auf der Insel, solange wir leben — wenn wir gesund bleiben wollen“, sagte sie mit Ueberlegung. „Mein Junge war neulich damit leichtsinnig und kriegte die Lungenentzündung weg. Und was das Baden anbetrifft, Herrche, so werden Sie ja auch nicht was zuzusehen haben. Ich hab' schon sechzig Jahr' nicht mehr gebad'!“

Da sprang ich ärgerlich auf. „Nun hören Sie aber auf! Sechzig Jahre sind Sie ja noch gar nicht alt!“

„Sie Strömling!“ Sie lachte, ging rückwärts ein paar Schritte die Düne hinab, um einem Alterchen die letzte Steigung hinaanzuhelfen. Auch ich sprang bei.

„Ihre Frau hält mich mächtig zum Narren!“ sagte ich. „Aee, nee“, meckerte sie jetzt. „Dies ist mein Sohn, Herrche. Er hat Lungenentzündung gehabt und ist noch bißchen schwach. Sechundsichzig ist er alt. Mein Mann ist doch ertrunken, sagt' ich schon. Vor fünfundsünfzig Jahren.“

„Ja, wie alt wollen Sie denn nun eigentlich sein?“ fragte ich mehr unwillig als erlaut.

„Sechundsichzig, Herrche. Und da heißt die Maus kein Faddchen ab.“

Dann zeigte sie hinaus und sagte zu ihrem Sohn, dem Greis: „Da kommen sie. Rechts sind Dahmsen und links Friedrichsen.“

Ich sperrte die Augen auf und starrte aufs Meer. Sah aber nichts. Durchs Fernglas, ganz, ganz weit am Horizont, waren drei winzige Pünktchen wahrnehmbar — in nichts voneinander unterschieden.

Und ich muß sagen: der Reiz dieser Insel war auf einmal weggefallen. Es war plötzlich bedenklich, die Ziegen fressen zu sehen. Sie könnten Sandstoll bekommen. Und solch ein Geschöpf war für den Fischer ein Vermögen. Und die Schweinchen sammerten in einem Verschlag — jedem Wind und Wetter preisgegeben. Denn der Herr Direktor hatte ihre „Wohnung“ besetzt. Und die Dünen waren unfruchtbar. Holz gab es hier auch nicht. Und so wuchs das ewige Unheil dieses wunderbaren Eilandes riesengroß. Und das war es. Zumal die Leutchen eitel Frohsinn schienen, damit die Gäste es freundlich hätten. Und in einer finsternen Nacht stieß ein Boot mit einem Sarg lautlos ab und stach in See. Man hatte keinen Friedhof auf der Insel. Und die Frauen preßten sich ihre Tücher gegen den Mund, daß ihr Schluchzen nicht vernehmbar wäre. Morgen früh mußten sie wieder fröhliche, unbedrückte Gesichter zeigen.

Berlin braucht einen Dom!

Sehr wahrscheinlichen Meldungen zufolge schweben zwischen dem zuständigen preussischen Stellen und dem Bischof von Berlin Verhandlungen über die Schaffung eines neuen katholischen Doms für die Reichshauptstadt. An erster Stelle steht das Projekt, die Staatsoper am Platz der Republik zu diesem Zweck umzubauen.

Ja sehen Sie, da gibt es so Gefindel, das bringt uns stets in Mißkredit. Das kolportiert den größten Schwindel, damit was gegen uns geschieht. Dieses Gefindel!

Berlin hat zwanzig Synagogen und Kirchen an zweihundertvierzig. Wer mehr sagt, der hat dreißig gelogen! (Wer weniger angibt, irrt sich). Das ist doch nicht zuviel!

Gewiß, das Bauen fällt heut' schwer. Man muß eng beieinander wohnen. Und mit dem Staat ist's nicht weit her, der gibt für Kirchen nur achtzig Millionen jährlich.

Ja sehen Sie, es ist halt kein Phantom: man braucht was Höheres zum Leben. Und Berlin braucht einen Dom. Das ist's ja eben! Also wenn schon.

Statt Be- wird es prompt Er-bauung geben. Je größer der Raum für die Seelen, desto weniger braucht der Körper daneben. Und getrost kann man wieder Opern erzählen. am Platz der Republik. H. E.

Leipziger Filmschau

Gern loben wir den amerikanischen Film Helden der Nacht, weil er den Mut hat, die Welt des Arbeiters zu zeigen. Wir sehen, daß das Leben amerikanischer Bergleute nicht weniger beschwerlich ist als das der unseren. Freudlose Arbeit in der Tiefe der Erde, umlauert von den Gefahren der Natur, tödlichen Gasen, schlagenden Wellern, plötzlichen Wasserbrüchen, und angetrieben von der Prostitution der Bergwerksbesitzer. Das Bergwerksgelände am Schluß mag nicht organisch mit dem übrigen Filme verbunden sein, vielleicht erst nachträglich hinzugefügt — ersütternd ist es für uns, die wir noch unter dem frischen Eindruck des Neuroder Unglücks stehen, wird dieser Film zu einem Hohenlied auf die Kameradschaft und Solidarität der Arbeiter. (Ufa-Theater Casino.) H.

Marussia stiftet Verwirrung

13] Roman von Fjodor Gladkow.

Einzig berechtigte, vom Autor genehmigte Uebersetzung aus dem Russischen von Joseph Kallmer und Boris Krotkow.

„Von der Jugend, Marussjenta, solltest du lieber schweigen. Du nimmst eine zu große Verantwortung auf dich.“

Jornig besaßte sich Marussja von Sojja Petrownas Hand und spannte ihren Körper wie eine Saite.

„Ich bin gewohnt, nicht nur für mich selbst zu antworten, sondern für alle. Ich kenne die Jugend und bin auf sie stolz. So.“

Ganz jung, lustig, lachte Atatjew und klatschte in die Hände. „Bravo Marussja! Ich bin ganz entwaffnet. Wahrschastig. Ich kenne die Jugend ja nur wenig — das ist wahr. Und von den Massen, das muß zugegeben werden, habe ich mich ein wenig entfernt. Das ist einer unserer Widersprüche.“

Unverwundet erklang ein Röhren Mordnys. Alle hielten staunend inne.

„So, ja. Die Führer! Im Genid sitzen mir diese Generale. Daherkommen bist du dir wie ein mongolischer Göke, und kaum machst du die Tür auf, dunstet schon dieser herrschaftliche Geist von dir. Und deine Röhre — sie ist gepulst, duftig, so hochwohlgeborn, und deine Haltung ist so herrlich, daß man dir die Offiziersuniform nur anspannen müßte. Und ich hab' mich drei Jahre plagen müssen, daß man mich ausheilen schickt: für mich ist kein Platz, aber unsere Fahrtführer fahren zweimal im Jahr aufs Land. Und als ich in die freien Gassen hineinstreckte, hieß es immer gleich: Jantbold! Halunke! Bandit!“

Ohne sich aus der Ruhe bringen zu lassen, sah Atatjew Mordny gerade in die Augen und sagte einfach:

„Ja, ich glaube auch, daß du ein Halunke bist, Genosse Mordny! Ein Halunke und ein Bandit!“

Mordny sprang auf und schien sich auf Atatjew werfen zu wollen — er runzelte die Brauen, fleischte die Zähne und verzog sein Gesicht zu einer grinsenden Grimasse.

„Ich — ein Halunke? Ich? Und du wagst es, mir das zu sagen — einem arbeitenden Menschen? Ach du, Warze du!“

Sojja Petrowna sah Mordny aus weit aufgerissenen Augen an, dann erhob sie sich und wich zurück.

„Ich kann nicht mehr, Genosse Mordny. Es ist unerträglich. Es tut mir weh, wie du dich erniedrigst.“

Erstarrt, verschluckte Mordny einen Schrei und kommerte sich mit dem Blick überlegen an Sojja Petrowna. Dann setzte er sich wieder und begann, sich wie ein geheimes Tier umzusehen.

„Ich schweige ja schon, Petrowna. — Schluß! Das Innere tut

Neues über China

Die wechselnden Verhältnisse in China, dessen Neugestaltung für die Neuordnung der ganzen Welt so wichtig werden wird, haben in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Arbeiten hervorgerufen, die teils von verschiedenen Gesichtspunkten aus allgemeine Darstellungen von China und seinem Volkstum geben, teils bestimmte, besonders ins Auge fallende Teilgebiete der chinesischen Kultur einem europäischen Publikum vorführen wollen. Nachdem der Geograph Wegener, der Sinologe Eichhorn und der Nationalökonom Wenz vom Standpunkt ihrer Wissensgebiete aus die chinesische Kultur in sehr anschaulicher Weise beleuchtet haben, macht nun ein Ingenieur des außerordentlich interessanten Versuch, dies vom Standpunkt des Technikers aus zu tun (Maximilian Esterer, Chinas natürliche Ordnung und die Maschine, Stuttgart und Leipzig 1929, Cotta Nachf.). Er sieht nicht etwa auf dem Standpunkt des „technischen Menschen“, für den eine nichttechnische Kultur wertlos ist, sondern zeigt in feindurchdrachten Ausführungen, zu denen ihm ein langer Aufenthalt in China, verbunden mit Kenntnis der Sprache und kulturellen Geschichte des Landes, das Rüstzeug gegeben hat, wie weit die chinesische Kultur technisch fundiert war, und welche Veränderungen das Bekanntwerden mit abendländischer Technik in ihr hervorruft. Auch Esterer kommt von seinem Standpunkt aus zu dem Ergebnis, das andere Kenner Chinas von andern Voraussetzungen aus erreicht haben, daß China sich zwar technisieren muß und wird, daß aber das Ergebnis etwas völlig anderes sein wird, als die europäische oder amerikanische Kultur.

Vom Standpunkt des Politikers — leider bleibt ganz unklar, welcher Richtung — suchen Rou Schien-yen und Karl Hintel „4600 Jahre China“ (Göttingen 1930, Verlag Deutsches Leben) China zu analysieren. Der Wert ihres Buches liegt in den letzten Abschnitten, die die politischen und ökonomischen Interessengegenstände im heutigen China überblicklich herausarbeiten und besonders der von den meisten Autoren vernachlässigten Lage der Bauern gründliche Beachtung schenken. Viel statistisches Material macht die Ausführungen besonders wichtig. Die Gefährlichkeit des Christentums, besonders des Katholizismus, für den Neuaufbau der chinesischen Kultur wird scharf hervorgehoben. Zugaben bieten die einleitenden historischen Kapitel eine bedeutliche Mischung von Phantasie und Wirklichkeit, die offenbar auf zu geringem Quellenstudium und unkritischer Benutzung von Kompilationen beruht.

Ein ganz vorzügliches Schriftchen über den Konfuzianismus, der seit zwei Jahrtausenden Chinas eigentliche Weltanschauung ist und es auch für alle absehbare Zukunft bleiben wird, ist Rudolf v. Delius' „Kungtse“ (Reclams Universalbibliothek Nr. 2065). Außer in Richard Wilhelm's „Kungle“, der aber nach Inhalt und Preis mehr für Spezialisten berechnet ist, haben wir noch in keiner europäischen Sprache eine so übersichtliche, verständige und treffende Darstellung von Konfuzius, seiner Lehre und seiner Bedeutung. Besonders die überzeitliche Bedeutung der konfuzianischen Weltanschauung, die nicht nur für Ostasien unerlässlich ist, sondern auch dem Westen noch sehr viel geben kann, und die ungeheure Ueberlegenheit des Konfuzianismus über den Buddhismus und besonders über das Christentum wird ausgezeichnet charakterisiert. Das Büchlein ist jedem zu empfehlen und durch den Preis von 40 Pf. ja auch tatsächlich jedem zugänglich. e. e.

„Der milde Theodor“ ist schon sehr lange müde. Bereits vor anderthalb Jahrzehnten hat der verstorbenen Anton Brand diese Schwanke (von Steal und Feoner) in Leipzig im Schauspielhaus gegeben. Eine bläß-lustige Abendunterhaltung, die wie so viele andere auf dem Grundschema der geraubten Sabinerinnen beruht, ohne deren immerhin beachtlichen Witz bei gesteigerter moralischer Leichfertigkeit auch nur von ferne zu erreichen. Mag also Theodor, der kurzgehaltene Ehemann müde sein, weil er nichts überlebt, damit er die Brillantbroche seiner Frau einlösen kann, die er verfehlt hat, um einem kleinen Mädchen die „Ausbildung“ zu bezahlen. Mögen andere hier anderes nicht weniger Unwahrscheinliches unternehmen. Wir fordern niemanden auf, sich dafür zu interessieren. Wer durchaus lachen will, und seinen Verstand vorher in der Garderobe abgibt, der kann ja hingehen. Schließlich lacht man doch schon deshalb, weil es vollends unerträglich wäre, mit ernstem Gesicht bei so was zu sitzen. Das bekannte Personal ist in den bekannten Schwanke rollen beschäftigt, ohne darin eigene komische Kräfte zu entwickeln und freilich auch ohne viel Gelegenheit dazu. In Wildenhains etwas zarterem Spiel stecken immer noch ein paar Bewegungen französischer Tradition. Im ganzen war Brand in dieser ziemlich plumpen Rolle ein bißchen lächerlicher und Wildenhain wird wohl ein klein wenig menschlicher sein. hgr.

Neues Theater. Im „Waldschloß“, der Dienstag, 12. August, nach längerer Pause wieder aufgeführt wird, sind die Partien der Baronin, des Baculus und des Pantratus mit Elisabeth Gerö, Adolf Vogel und Alfred Holländer neu besetzt.

In Marussja spielte mutwilliges Blut. Alle am Tisch waren von Mordnys Gekrei bedrückt, sie allein war lustig. Sie wollte sowohl Mordny als auch Masin weh tun und ihnen irgendeinen unerwarteten Schabernack spielen. Sie fühlte, daß Atatjew seinen Spaß an ihr hatte; eine sonderbare Kraft ging von ihm aus, die sie wie eine Woge hob, und zum erstenmal empfand sie bange, daß sie ihm verbunden war, und diese Kraft sie restlos verschlang. Aber Sojja Petrowna wurde unruhig — sie erwartete den unausweichlichen Stund und zapfte an Marussjas Rock.

„Ach, ich dich doch, Plapperröhre! In ein Narrenhaus bin ich da geraten!“

„Halt! Halten Sie die Reihenfolge ein. Ich dulde es nicht. Mordny und Masin — nach allen anderen. Das ginge zu weit. Zum Teufel mit diesen Diktatoren! Die aufgeblasenen Hausherren spielen sie da!“

Schweigend nahm Sojja Petrowna die Schlüssel aus den Händen der Pflegerin und stellte sie mit einem Satz auf den Tisch. Dann rief sie mit ungewöhnlicher Härte und Strenge in der Stimme:

„Eh! Zur Bedienung ist niemand da — nehmt euch allein!“

Ganz unerwartet begann Mordny freudig wie ein Spah zu lächeln und schlug mit den flachen Händen auf den Tisch.

„Petrowna! Liebes! Du bist ja unbegreifbar... Schau, was du für uns bist... eine unerklärliche Frau... ohne dich könnten wir nicht leben — aber schon gar nicht!“

Marussja setzte sich und fühlte, daß Atatjews Hand liebevoll ihren Ellbogen drückte. Und bei dieser Berührung seiner Hand ging durch ihr Herz eine tiefe singende Welle.

VII.

Nach dem Nachtmahl gingen die einen ins Kino, die anderen in den Garten am Meer, um am Strande zu schlendern. Jene, die im Sanatorium zurückblieben, füllten die beiden Erholungsräume im ersten und zweiten Stock.

In dem einen Raum setzte man sich an die Tische und spielte Karten, Schach, Dame und Domino. Im anderen, wo ein Klavier stand, drängte man sich zu einem dicken, schweligen Dickschinken und sang Lieder. Die offenen Fenster, die in grellem Licht brannten, läuten lange von Chorstimmen und dem willkürlichen Geräusch des begleitenden Klaviers, und sie verwehten durch ihren Lärm die dümmrige blaue Stille, die feucht und müde vom Meer zu Garten und Strand herangeschwebt war.

(Fortsetzung folgt.)



U Geen'ch uff d'r Iba

Was Leipzig früher des öfteren erlebte, widerfährt ihm jetzt zum großen Leidwesen der braven Leipziger nur verzweiflungsvoll selten, nämlich, daß ä Geen'ch oder ä ähnlich hohes Tier des Leipziger Sammelstudenstrosches Gemüt verjüdet. Aber hin und wieder halten doch auch bessere Augenblicke Augenblicke einzug. So war es bei der großen Messe im Jahre 1928, der die Ehre zuteil wurde, von seiner verstorbenen Majestät und heiligem Räuberhauptmann König Amanullah von Afghanistan besucht zu werden. Heuer beglückt unsere Stadt eine andere exotische, nicht minder romantische Königsfigur auf dem Schachbrett der imperialistischen Mächte, König Faisal vom Irak, dem politisch neu geränderten Lande, das zwischen Euphrat und Tigris liegt. Der Besuch einer Majestät war allweil ein Ereignis für den wirklichen Leipziger Bürger. Und wer sich heute noch nicht ganz und gar von der neuen Zeit hat verschließen lassen, vermerkt einen Königsbesuch immer noch als einen politischen Sonntag in seinem Notizkalender. Daß das Haupt eines Staates, wenn es die Leipziger Messe oder die IVU besucht, auch von den Spitzen der Behörden empfangen wird, ist halt eine Selbstverständlichkeit. Und wie sich dann eine gewisse Presse benimmt, ist überaus lustig. Die Leipziger Neuesten Nachrichten zum Beispiel bringen das große Ereignis in Wort und Bild auf der ersten Seite ihres Blattes. Da werden nicht nur alle feilischen, ipalischen und königlich irakischen Persönlichkeiten aufgeführt, die diesem weltgeschichtlichen Geschehnis durch ihre Mit-anwesenheit die entsprechende „Note“ gaben, sondern es wird auch darauf hingewiesen, daß Mesopotamien, das Land des Königs Faisal, niemals als Belzinteressent in Betracht kommen kann, da die Sonne den Leuten dort die Lust zum Belztragen ganz anders austreibt, als den modebesessenen Damen der zivilisierten Länder. Und was noch erhebender wirkt, es wird auch nicht vergessen mit zuteilen, daß der König die Felle besüßte. Wie glücklich müssen sie — die Felle — gewesen sein, als die Hand der Majestät ihnen huldvollst durch die fellig gestäubten Haare fuhr. Und wie mögen erst die Seelen der Bestien, über deren irdische Hülle wie mögen erst die Seelen der Bestien einst gezogen wurden, fellig ausgeführt aufgeföhrt haben, als so die Hinmordung ihrer Leiber zu guter Letzt doch noch einen höheren Sinn bekam.

Wurde so die IVU zu einer Glucksquelle für Leibes Saft und Seele der ehemaligen vierbeinigen, aber rechtmäßigen Träger der benannten Felle, so hat sie dem Könige der Mesopotamier schließlich respektlos allerlei Besch. Er verjüdet sein Glück bei den die IVU hochheilig durchschwärmenden Losverkäuferinnen. Und siehe da, er jagt lauter Rieten. Ein Glück für die Losverkäuferinnen, daß es heute keinen Majestätsbeleidigungsparagrafen mehr gibt. Man würde sich sonst gar leicht einer öffentlichen Stümpfung unterzogen haben für die untertanenwidrige Unterlassung der Funktionskorrektur des Glücksrades. Nu is d'r Geen'ch widde furt, Wohin? Glick'ge Reesfel!

Einem Siebzigjährigen

Nun ist Otto Bollender an der Reihe. Heute begeht er seinen siebzigsten Geburtstag und schickt sich an seinen Weg ins achte Jahrzehnt einzuschlagen. Genosse Bollender ist am 11. August 1860 in Dübau geboren. Nach seiner Schulentlassung ließ er sich vier Jahre in der Schwarzen Kunst Gutenbergs einweihen. Ein heller Kopf, war er nicht nur frühzeitig in der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung tätig, sondern bald auch in führenden Stellen. Seine öffentliche Tätigkeit reicht noch weit hinein in die Zeit des Schandgesetzes. Eine große Rolle hat Bollender in der Buchdruckerbewegung gespielt, in der die Leipziger Buchdrucker schon in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, noch unter dem Schandgesetze, den oppositionellen Saureteig bildeten. 1896 kam es in der Leipziger Buchdruckerbewegung, als sich die Generalver-

und die Gewerkschafter schwenkten wieder in den Verband ein. Der Abschiedsartikel Bollenders in der Buchdruckerzeitung ließ klärlieh erkennen, daß man auch hier den Streit gern begrub, aber auch, daß die ursprüngliche Streitfrage, das Tarifvertragsystem, nur noch eine untergeordnete Rolle spielte. In der Tat hat ja auch die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung den damals wegen der Tarifgemeinschaftspolitik so hart bekämpften Buchdruckern recht gegeben. Am Ende waren es auch mehr persönliche als sachliche Gegensätze, die den Streit so verschärften. Es war der die Partei auf das gehässigste bekämpfende Korrespondent-Redakteur Rexhäuser, der die Gegensätze zur Siebzigjahrfeier brachte. Lange wurde Rexhäuser vom Verbandsrat gestützt, schließlich aber fallengelassen. Durch einen Freund hat Rexhäuser nach seinem Tode vor dem Ausbruch des Weltkrieges erfolglos Tode eine Broschüre „Dokumente eines Sterbenden“ herausgegeben, gegen die sich in notgedrungenem Abwehr sogar der Vorstand des Buchdruckerverbandes und Rexhäuser eigene Redaktionskollegen wenden mußten. Es kann ruhig zugegeben werden, daß in diesen Auseinandersetzungen auch Otto Bollender oft genug über den Strang gehauen hat. Schließlich hat auch er sich in der Abwehr befunden.



sammlung für die Wiederaufnahme der Tarifgemeinschaft entschieden hatte, zu Gegenfäden, die den Zentralvorstand veranlaßten, Mitglieder der Opposition auszuschließen. Dies hatte zahlreiche Austritte aus dem Verbandsrat und dann die Gründung einer eigenen Organisation, der Buchdrucker-Gewerkschaft, zur Folge, die sich in der Buchdruckerzeitung ein eigenes Organ schuf, deren Leiter Otto Bollender wurde. Heftige Kämpfe waren die Folge dieser Spaltung, zumal hinter der Gewerkschaft die Mehrheit der Leipziger Genossen stand. 1900 war die Einführung von zwei Schmarajnen in der Leipziger Volkszeitung Veranlassung zu neuen, die Gemüter hüben und drüben tief aufwühlenden, leidenschaftlichen Auseinandersetzungen, die zum Austritt der Verbandsmitglieder aus der Leipziger Volkszeitung führten. Ende 1902 kam es zu einer Verständigung zwischen Verband und Gewerkschaft,

Die Leipziger Buchdrucker hatten schon immer ein eigenes Lokalblatt. Seit Mitte der achtziger Jahre erschien die Reform. Mehrere Jahre hindurch war Bollender der Leiter dieses Blattes, bis er in die unter der Leitung Bruno Schönlanke stehende Leipziger Volkszeitung als Redakteur eintrat. Als 1896 der erwähnte Streit unter den Leipziger Buchdruckern ausbrach, verschloß Bollender auch von hier aus seine Pfeile ins feindliche Lager. In Leipzig war 1894 das direkte Dreiklassenwahlrecht eingeführt worden, das die Wähler in drei Klassen teilte, die Stadtverordneten wurden in allgemeiner und direkter Wahl gewählt. Dieses Wahlrecht ermöglichte der Sozialdemokratie, nach und nach ein Drittel der Stadtverordnetenmandate zu erringen. Zu den ersten sozialdemokratischen Stadtverordneten gehörte Otto Bollender. Er war wohl das markanteste Mitglied der Stadtverordnetenfraktion. Seit 1904 war Otto Bollender auch eine Reihe von Jahren Vorsitzender der Leipziger Ortskrankenkasse, in der er eine wirkungsvolle und erfolgreiche allgemeine Tätigkeit, namentlich während der wiederholten Konflitte mit den Ärzten, entfaltete. In den Vorkriegsjahren war Bollender auch Leiter der Lokalkommission, die den Kampf um Versammlungslokale führte. Auch hier hat Bollender wertvolle Erfolge erzielt, die der Agitation der Partei zugute kamen. So wurde Bollender in seiner Eigenschaft als Lokalredakteur in der Leipziger Volkszeitung, als Vorsitzender der Ortskrankenkasse, als Leiter der Lokalkommission und nicht zuletzt als Stadtverordneter in des Wortes wirklicher Bedeutung eine stadtbekannteste Persönlichkeit.

Die Parteisplaltung während des Weltkrieges führte Bollender mit zwei anderen Redakteuren der Leipziger Volkszeitung ins Lager der Mehrheitspartei. Mit diesen beiden Genossen bildete Bollender den Redaktionsstab der „Freien Presse“. Nach der Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Flügel und dem Ende der Freien Presse fand Bollenders öffentliche Tätigkeit ihren Abschluß. Heute ist der alte Kämpfer — er, der mit seinem praktischen Verwalterstunne und seiner ausgezeichneten Kenntnis der Sozialversicherung nach so manchem hätte leisten können — ein stiller Mann. Seine Verdienste um die Arbeiterbewegung indes leben unvermindert fort. Und deshalb gedenken wir aus Anlaß seines 70. Geburtstages auch gern seiner und wünschen ihm weiterhin einen ruhigen und heiteren Lebensabend.

Begründung des Streiches gegen die Krankenkassen

Während die IVU sich mit großem Fleiße daran beteiligen, die „marxistische“ Krankenkassenleitung für den Handreich gegen die Rechte der Mitglieder der Krankenkassen an den Gassen zu bringen, quält sich der Sachsendienst der Telegraphen-Union einen langen Wurm ab, der gewissermaßen die ideologische Vorposten abgeben soll, wenn es heißt, den von Brüning und den Regierungsparteien angerührten Notverordnungsbrei gegen die Krankenkassen auszulöffeln. Man weiß, daß es sich nicht für alle Zeit verbergen läßt, wie verlogen die Besuche sind, der SPD die Verantwortung für dieses Wahnsinnsattentat aufzubuden. So muß man sich bei Zeiten auch darum bemühen, den im bürgerlichen Lager befindlichen Krankenkassenmitgliedern ein wenig „Verständnis“ für die Notlage der Regierung Brüning beizubringen, damit die Arbeiterwähler nicht in hellen Haufen den bürgerlichen Biersch verlassen. Diese Aufgabe stellt sich, wie schon angedeutet, die unter Hugenbergs Einfluß stehende Tel.-Union. Die Regierung Brüning wurde in erster Linie von „Ersparnisgründen“ geleitet. Die Tel.-Union sucht dem edlen Unterjungen der Brüningianer auch ein moralisches Ursachemantelchen umzuhängen. Sie schreibt unter anderem:

„Überall sehen wir eine auf dem tiefsten Standpunkt angekommene Moral der Versicherungsnehmer gegenüber den Versicherungsträgern. In neuerer Zeit tritt diese bedauernde Erscheinung insbesondere bei der Krankenversicherung, sowohl bei der sozialen als auch bei der privaten, zutage. Beide Versicherungen haben in der gleichen Weise unter dem Betrage und der strengen Moral zu leiden, da bei diesen Einrichtungen der Versicherte am ehesten die Möglichkeit der Ausnutzung der Kassenleistungen hat. Es ist leider schon so weit gekommen, daß die Krankenversicherung heute in sehr weiten Kreisen und ganz im Gegensatz zu den Absichten ihrer Gründer nicht nur zur Behandlung und Heilung von Krankheiten dient, sondern vielmehr als Sicherung gegen wirtschaftliche Nöte. Dies hat zur Folge,

daß ein nicht unbeträchtlicher Teil von Mitgliedern statt die Kunst des Arztes, sie gesund zu machen, eher seine Kunst suchen, um krank zu bleiben und die Vorteile durch die Möglichkeit eines Krankenscheins, d. h. Geld ohne Arbeit zu erhalten, davon einzuhelmfen.

Es gehört gerade nicht zu den seltensten Fällen, daß von den Mitgliedern das Ansehen gestellt wird, über die Länge einer Krankheit oder einer Arbeitsunfähigkeit ein inhaltlich unrichtiges Zeugnis auszustellen, das dem Versicherungsträger vorgelegt werden soll. Für den Arzt ist es nicht angenehm, derartige Wünsche, die naturgemäß besonders angesichts der jetzigen schweren Wirtschaftslage gestellt werden, so ohne weiteres abzulehnen, weil das häufig als Unfreundlichkeit von dem Patienten betrachtet wird, wobei der Arzt unwillkürlich noch von der Erwägung ausgeht, seinen Patientenkreis nicht zu verlieren.“

Tja, Adernmann, da staunte. Es muß den Krankenkassenmitgliedern e n d l i c h und g r u n d l i c h beigebracht werden, daß es ihre moralische Pflicht ist, gesund zu bleiben. Und endlich muß einmal den Ärzten gesagt werden, daß sie sich dem „Terror“ der nicht gesund werden wollenen Krankenkassenmitglieder zu entziehen, die nicht minder moralische Pflicht haben. Und schließlich muß auch den nicht sterben wollenen Kranken das moralische Bewußtsein gestärkt werden, damit sie eine über den Sparpolitisch zulässigen Zeitraum hinausgehende Krankheitsdauer von sich weisen. So kommen wir zu „geordneten“ Finanzen in der Krankenversicherung. Wenn diese Ordnung von einem Massensterben begleitet sein sollte: na, unter den drei Millionen Arbeitslosen befinden sich vorüberdand nach so viele Arbeitsfähige, daß dieses Risiko vom Unternehmertum, für das die Tel.-Union nicht minder als das Korps der Krankenkassenrechtler da ist, getroßt gewagt werden kann.

Für Mitglieder der IVU

Die Sonnabend-Knummer enthält eine Bekanntmachung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig über die durch Regierungsdekret eingetretene Aenderungen der Kassenjahrgang. Ueber weitere Aenderungen, die infolge der Notverordnung erforderlich sind, wird voraussichtlich am 24. August 1930 eine weitere Bekanntmachung erscheinen.

Ueber die Einführung des Krankenscheins hat der Kassenvorstand ein besonderes Merkblatt herausgegeben, das an den Abfertigungsstellen der Kasse sowie in den Wartezimmern der Herren Kassenzurückleiter zeitweilig abzugeben wird, bzw. ausliegt. Um sich vor Nachteilen zu schützen, empfehlen wir, die Bekanntmachungen sowie das Merkblatt eingehend zu lesen.

Heute

Verfassungsfeier

19.30 Uhr auf dem Sportplatz, Frankfurter Straße!

Beteiligt euch in Massen!

Verantwortungslos gehandelt

Wir berichteten über den Abstieg eines Leipziger Schülers im Bregenser Alpengebiet. Wie nachträglich dazu gemeldet wird, ist gegen den Führer der Schülergruppe, einen 19 Jahre alten Studenten, ein Verfahren eingeleitet worden. Es wird ihm zur Last gelegt, bei dem Abstieg die von ihm zu erwartende Vorsicht nicht geübt und damit den Abstieg des jungen Menschen verschuldet zu haben. Der Beschuldigte war, als bereits die Dämmerung sich herabzögte, statt den völlig ungeschicklichen Weg zu gehen, mit zwei seiner Wandergefährten über schroffe Felsen abgestiegen. Obwohl schon Bergweilungsstimmung einzog, ermunterte er immer aufs neue, den gefährlichen Abstieg fortzuführen. Schließlich kamen aber alle drei an Stellen, von denen aus sie weder vorwärts noch rückwärts zu gelangen vermochten. In dieser Notlage gab der jugendliche Führer Notsignale mit einer Taschenlampe, die auch bemerkt wurden und der Anlaß waren, daß sich mehrere Rettungsgruppen auf den Weg machten. Der eine der Bestiegenen konnte noch in der Nacht gerettet werden. Der andere wurde ermuntert, bis zum anderen Morgen auszuharren, dann werde man auch ihm sichere Rettung bringen. So ist dann auch verfahren worden.

Neue Verkehrschilder

Den aufmerksamen Beobachtern mag es aufgefallen sein, daß seit einiger Zeit an den Hauptausfallstraßen und um den Ring zahlreiche Verkehrschilder angebracht wurden, die der Orientierung, hauptsächlich für ortsfremde Kraftfahrer, dienen sollen. Leipzig war damit bisher etwas im Hintergrund. Es ist erfreulich, daß es der Initiative der in der Verkehrswacht zusammengeschlossenen, am Verkehr interessierten Verbände gelungen ist, hier Abhilfe zu schaffen. Es sind im ganzen 62 selbstleuchtende Schilder angebracht worden, zu deren Aufstellung die zuständigen Behörden, der Rat der Stadt und das Polizeipräsidium, ihre Erlaubnis gaben. Alle wichtigen Orte, die von ortsfremden oder ortszuremde Automobilen und Radfahrern von Leipzig aus berührt werden können, sind auf den Schildern verzeichnet und durch Pfeile die entsprechende Richtung und Kilometerzahl angegeben.

Reichspostflüge Berlin—London

Den alle Tage verkehrenden Reichspostflügen (Nachflügen) Berlin—London, ab Berlin 22.00 Uhr, ab Hannover 0.20 Uhr, ab Köln 3.30 Uhr, an London 6.55 Uhr, werden vom 10. August an wie in den Monaten April und Mai, soweit Laderaum verfügbar ist, auch solche Briefe und Postkarten nach Großbritannien mitgegeben, für die kein Luftpostzuschlag entrichtet ist. Die Luftpostsendungen, für die der Zuschlag bezahlt ist, werden jedoch stets mit Vorrang befördert. Die Auswahl der zuschlagfreien Post behält sich die Deutsche Reichspost vor. Zuschlagfreie Post soll mitgegeben werden von Berlin aus vom 10. bis 25. August, von Hannover und Köln aus vom 26. August bis 10. September. Die Beförderung der zuschlagfreien Post hat den Zweck, die Verkehrswelt auf den großen durch diese Nachflüge zu erzielenden Zeitgewinn — nach London etwa 20 Stunden — aufmerksam zu machen.

Uneheliche Bezugsberechtigung!

Die Kroch'schen Häuser sind fertig. Wohnungen sind vorhanden. Sie stehen aber leer, weil sich nicht genügend zahlungsträchtige Mieter finden. Von Monat zu Monat werden die Bedingungen der „Bezugsberechtigung“ erweitert. Kürzlich ist das wieder einmal geschehen. Der interessierte Leser studiert das Inserat, und er findet unter Punkt 2 der neuen Bezugsberechtigungsbedingungen die Mitteilung, daß „Ehepaare, die seit dem 31. Dezember 1929 verheiratet sind und ein Kind haben“, Anspruch auf eine Luxuswohnung der Aktien-Gesellschaft für Haus- und Grundbesitz haben.

Am 31. Dezember verheiratet und jetzt schon ein Kind? Beginn mit mir zu rechnen, Leser! Wenn das betreffende Ehepaar am 31. Dezember geheiratet hat, und wenn es tatsächlich bereits in der Nacht vom letzten Dezember bis zum 1. Januar mit vollem Erfolg dem nachging, worüber man in anständigen Häusern nicht spricht, was aber nach Vorschriften der katholischen Kirche nur des Kinderkriegens wegen exekutiert werden darf, so kann das Produkt frühstens nach zweihundertachtzig Tagen, nach zehn Monatsmonaten, das Licht der kapitalistischen Welt erblicken. Die öffentliche Ausschreibung der Gesellschaft erfolgte aber am 6. August, also 218 statt 280 Tagen nach dem Heiratsstermin.

Möglichkeit: Die Aktiengesellschaft für Haus- und Grundbesitz rechnet darauf, daß die Wohnungsjugendlichen, die soviel Geld besitzen, ihre Wohnungen zu bevölkern, alle Siebenmonats-Eindeer zur Welt bringen. Wir halten das Kroch'sche Unternehmen nicht für so geschäftsunlänglich, daß es glaubt, mit den Siebenmonats-Ehepaaren seine Häuser füllen zu können. Bleibt nur die Möglichkeit, daß man auf Ehepaare rechnet, die — verzeihe die Offenheit, Leser! — die ehelichen Rechte ausgelöst haben in einer Zeit, in der sie dazu noch im Unrecht waren, in der sie sich das Vergnügen der Jagden erschließen und erschließen haben.

Jeremias; hilf!

Petz.

